

MANFRIED WELAN

60 JAHRE

MITGLIED

EINE PERSÖNLICHE GESCHICHTE DER ÖVP AUS 60 JAHREN

Inhaltsverzeichnis

1	Das große Ö der ÖVP	3
2	Reformen und Reformgeneration	6
3	Rektor der BOKU und zwischen Mock und Busek	10
4	Mit Busek in Wien	13
5	Aus meiner ersten Rede im Landtag:	17
6	Arbeitsgebiete und „das Politische“	19
7	Das Schönheitsmanifest	22
8	Wien - mehr Grenzstadt als Weltstadt	24
9	Paradigmenwechsel in der Politik	26
10	Das Herrschaftssystem der Wiener Sozialdemokratie	28
11	Interviews zu verschiedenen Zeiten	35
11.1	Welan/Witzmann 20. Mai 2012:	35
11.2	Welan/Noll 20. Juni 2012:	38
11.3	Interview mit Wolfgang Machreich (Furche, 22. April 2021)	40
12	Ein langer Blick zurück ohne Zorn und Ausblick mit Hoffnung	44
12.1	Text PDF Katharina Welan:	Fehler! Textmarke nicht definiert.

1 Das große Ö der ÖVP

Im Februar 1961 wurde ich Mitglied der ÖVP. Figls "Österreich ist frei!" und Raabs "Glaubt an dieses Österreich!" haben mich für sie eingenommen. Dieses Österreich-Sein war mir wichtig. Ich führte schon früh eine Mappe mit großem "Ö". Mein erster Aufsatz in einer Zeitung, es waren die "Salzburger Nachrichten", war 1964 "Nation Österreich". Damals verstanden sich viele im Lande noch als "Deutsche". Daher wurde ich nicht von großen, sondern von kleinen Organisationen eingeladen, über die Nation Österreich zu referieren, von Monarchisten, Kommunisten, CV-Verbindungen.

Mein 1957 verstorbener Vater war Funktionär der ÖVP auf der Wieden gewesen. Der Obmann, Dr. Lang, war ihm sehr gewogen und dieses Wohlwollen erfuhr auch ich. Gern arbeitete ich im Bezirk mit und war bald Mitglied der Bezirksparteileitung. Meine Aufgabe bestand darin, möglichst viele Kontakte mit allen der ÖVP nahestehenden Organisationen zu halten. Das waren viele mit der katholischen Kirche Verbundene oder Teile von ihr, Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV), CV, Pfadfinder, Unionsverbände usw. Manchmal besuchte ich im Auftrag meiner Partei Veranstaltungen der Sozialisten im Bezirk. Auch da war ich einer der Jüngsten. Einmal sprach mich der sozialistische Bezirksobmann an: "Ihr Jungen, ihr sollt die Fackel weitertragen!", das gefiel mir. Nach seinem Vortrag "Referat und Diskussion" – referiert wurde viel, diskutiert wenig – wurde der Film "Die Brüder Karamasov" mit Maria Schell und Yul Brynner gezeigt. Als 84-Jähriger frage ich, wo und von wem die Fackel bei ÖVP und SPÖ heute weitergetragen wird.

Mir gefiel es in der Partei, aber es gab zu viele Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Bündeln. "Die ÖVP braucht keine anderen Parteien; sie ist eine Partei von Parteien und mehr mit sich beschäftigt, als mit den anderen.", so dachte ich. Obwohl ich Mitglied des ÖAAB war und christlich-soziale Positionen vom Karl-Kummer-Kreis übernahm, blieb ich bei Streitigkeiten neutral. Der Wirtschaftsbundobmann Berkovic belohnte mich, indem er mich einlud, in der von ihm herausgegebenen Bezirkszeitschrift zu schreiben. Mein erster Beitrag hatte den Titel "Über eine 40-Jährige". Damit bezog ich mich auf die Bundesverfassung von 1920, die ich als vorbildlich pries. Ich hielt viele Vorträge über "Demokratie und Verfassung". Vieles was Anton Pelinka und ich im Buch "Demokratie und Verfassung in Österreich" (Wien, 1971) behandelt haben, wurde in diesen Vorträgen vorweggenommen. Dabei wurde ich oft mit dem "Unbehagen in der Demokratie" konfrontiert. Das ging gegen das "Packeln" und "Streiten" von Schwarz und Rot. Ich versuchte zu kritischem Engagement in den Parteien zu motivieren. Das wurde zwar

respektiert, vor allem wurde mein Hinweis akzeptiert, dass Österreich ohne Parteien unfrei gewesen sei, aber wie Caspar Einem in der SPÖ erlebte ich die Zurufe: "Tut nicht so viel streiten!" und "Lasst euch nicht so viel gefallen!" in der ÖVP. Dabei wurde oft die Auffassung vertreten, dass die ÖVP im Vergleich zur SPÖ weniger Härte und Geschicklichkeit bei den Auseinandersetzungen habe als die SPÖ-Leute. Verfassungsrecht war nur von Interesse, wenn die Menschen unmittelbar betroffen waren, oder wenn Skandale auftraten. Manche wollten ein Mehrheitswahlrecht, aber nicht in Wien, mehr direktdemokratische Einrichtungen überall, sogar eine Demokratie ohne Parteien, Abgeordnete mit "wirklich" freiem Mandat und eine Gewaltentrennung wie in den USA. Viele wollten mehr "Persönlichkeiten" in der Politik und manche den "starken Mann". Dabei fand ich viel Patriotismus, aber keinen Verfassungspatriotismus. Von der großen Revolution 1848 und der kleinen von 1918 war nichts zu spüren.

Diese Erfahrungen und meine baldige Tätigkeit als Schriftführer im Verfassungsgerichtshof führten mich vom Verfassungsrecht zur Politikwissenschaft. Ich wurde zu einem Verfassungspolitologen.

In der Bezirksparteileitung erfuhr ich viel über die Partei und ihre Führung auf Bundes- und Landesebene. Ab und zu erschien Parteiobmann Polizeiobst Leopold Hartl, der sich gerne mit mir über das Wienertum an sich unterhielt und ein Glaserl Wein mit mir trank. Besonderen Eindruck hinterließ der frühere Unterrichtsminister und spätere Nationalratspräsident Dr. Felix Hurdes. Er fiel mir bei allen Gelegenheiten durch seine hohen Spenden auf, unter anderem auch in den Messen in der St. Elisabeth Kirche. Er war bei Feiern, insbesondere bei Muttertagsfeiern, so gerührt, dass manche zu weinen begannen.

Sogar meine Theaterliebe konnte ich in der Partei realisieren. In einem Kellerlokal der ÖVP in der Argentinierstraße führte ich einige Male Hofmannsthals "Der Tor und der Tod" als Sprechtheater auf, mit guten Freundinnen und Freunden und Musik von Chopin und Schubert. Es waren große Erfolge, nicht nur bei Parteimitgliedern.

Treffen mit Russen, zu denen die Bezirksvorstehung noch aus früheren Zeiten gute Kontakte hatte, waren für mich überraschend, da ich die Großzügigkeit der Russen nicht gekannt hatte. Manchmal gab es so viel Sekt, Kaviar und Vodka, wie ich es später nicht mehr erlebt habe. Wir sind ein bisserl "klein".

Parteitage verliefen für mich enttäuschend, da ich sie zu wenig "amerikanisch" empfand. Vieles war zwar ritualisiert, aber es war nicht die Begeisterung zu spüren, wie in den USA. Die Parteibasis frequentierte allzu gern das Buffet, wo es billige Würstel und Freibier gab.

Als der Bezirksparteiobmann aufgrund einer Korruptionsaffäre zurücktreten musste, wurde der gediegene Abgeordnete Erwin Machunze, der wie Bundeskanzler Raab oft eine Virginia rauchte, sein Nachfolger. Seine Budgetkenntnisse waren einmalig und seine sachliche Art war für mich vorbildlich. Als ich ihm erzählte, wie unfreundlich in meiner Umgebung auf der Wieden die aus der CSR vertriebenen Sudetendeutsche behandelt worden waren, nickte er: "Die Wiener wollen nur Wiener! Selbst Altösterreicher und Österreicher aus anderen Bundesländern werden von ihnen wie Fremde behandelt."

1961 war ich auch dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) beigetreten. Schon mein Vater war Vertrauensmann bei den christlichen Gewerkschaftern gewesen und ich lernte die menschliche Atmosphäre in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst zu schätzen. Einige Jahre später wurde ich Personalvertreter und schließlich auf der Universität für Bodenkultur Obmann des Dienststellenausschusses für Hochschullehrer. Es gab manche Konflikte zwischen Assistenten und Professoren zu schlichten. Die Sektion Hochschullehrer unterstützte mich sehr. Ich konnte vielen in ihren Angelegenheiten helfen.

Die 1960er-Jahre waren eine spannende Zeit: Das II. Vatikanum, der Sieben-Tage-Krieg, der Prager Frühling, Studentenunruhen, Vietnam, die neue Linke ... Für mich brachten sie zwei Jahre als Verwaltungsjurist an der Technischen Hochschule Wien, fünf Jahre als Schriftführer im Verfassungsgerichtshof, drei Jahre Bundeswirtschaftskammer in der wissenschaftlichen Abteilung und schließlich die Berufung auf die Rechtslehrkanzel an der Universität für Bodenkultur. 1964 heiratete ich Dr. Gertrude Ahorner, die mich in meinem Beruf sehr unterstützte und mir zwei Kinder, Stephan (1966) und Katharina (1969), schenkte.

Politisch kam es 1966 zur Alleinregierung der ÖVP unter Bundeskanzler Klaus und 1970-1983 zur Alleinregierung unter Bundeskanzler Kreisky. Beide Kanzler waren Reformer. Für Klaus war der Rechtsstaat das Fahnenwort, für Kreisky die Demokratisierung.

2 Reformen und Reformgeneration

Die große Reformbegeisterung, die meine Generation damals erfasste und ihr so viel vorwärtsdrängende Energie für die Demokratie gegeben hat, ist heute schwer vorzustellen. Es war die Zeit der jungen Demokratiereformer und -reformen. Ich habe eine solche Begeisterung erst wieder in der Umweltschutzbewegung erlebt. Durch die neuen beruflichen und privaten Herausforderungen kam meine Tätigkeit in der ÖVP ins Stocken. Die Arbeit im Bezirk musste ich wegen der Überbelastung mit beruflicher Arbeit aufgeben, obwohl ich mir den Weg von der Bezirksparteileitung in die Bezirksvertretung und schließlich in den Gemeinderat und Landtag schon gedanklich vorgestellt hatte. In der Bundeswirtschaftskammer wurde der Abgeordnete Dr. Hauser mein Vorbild, einer der profiliertesten Abgeordneten im Nationalrat. Es kam anders: Bald nach der Ernennung zum Universitätsprofessor 1969 wurde ich Konsulent in der ÖVP Zentrale Kärntner Straße.

1971 war die österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft gegründet worden. Mit den dortigen Kolleginnen und Kollegen erlebte ich ein besonderes Gemeinschaftsgefühl: Offenheit, Öffnung, Abbau der Distanzen, Demokratie als stete Reform, Demokratisierung, das war hier in unserem Konvivium vorhanden. Wir waren ungefähr 30 Jahre alt. Fast alle waren Rote oder Schwarze, aber das blieb Nebensache. Die Hauptsache waren Demokratie und Demokratisierung. Wir waren rund drei Dutzend Experten, die eine ständige Gesprächsgemeinschaft bildeten. Es entstanden Freundschaften, die noch heute lebendig sind. Im Sammelband "Das politische System Österreichs", den Heinz Fischer 1974 herausgab, sind fast alle unserer Gemeinschaft vertreten. Ein solches, nahezu sämtliche politische Lager umfassendes Kompendium hätte im übrigen deutschsprachigen Bereich nicht erscheinen können.

Ich fasste die Vorschläge zur Demokratiereform schon 1969 in einer von Hubert Feichtlbauer herausgegebenen Broschüre systematisch zusammen. Sie betreffen: Parteien- und Verbändereform, Wahlrechtsreform, Parlamentsreform, Regierungsreform, Reform der Kontrolle, Reform der Verfassungsgerichtsbarkeit, Reform der Grundrechte, Erweiterung der Volksrechte. Manches wurde verwirklicht, manches nicht. Meine Generation nahm jedenfalls mehr und anders an der öffentlichen Diskussion und an der Politik teil, als frühere und spätere Generationen. Wir Demokratiereformer von damals haben heute noch immer unsere Jugendideale. Einige von uns saßen bald in den Institutionen, die unsere Reformen betrafen. Über den Zusammenhang von Institutionen und Generationen lohnt es sich nachzudenken.

Als der Bundesparteiobmann der ÖVP, Dr. Karl Schleinzer, ein Absolvent der Universität für Bodenkultur, mich als Experten zu Abendgesprächen eingeladen hatte, erkannte ich sein großes Interesse an Rechts- und besonders an Verfassungsfragen. Er war der erste Obmann, der innerhalb der Partei grundlagen- und generalstabsmäßig vorging. Die von ihm initiierten "Lebensqualitätspläne" sind heute noch aktuell. Als Konsulent der ÖVP arbeitete ich auch am Parteiprogramm 1972 mit. Es gelang uns Jüngeren um Karl Pisa – er war zuvor unter Josef Klaus Staatssekretär im Bundeskanzleramt gewesen – einen dynamischen Begriff von Demokratie in das von Personalität, Partnerschaft und Partizipation geprägte Programm mit Subsidiarität und Solidarität einzubringen. Peter Diem hatte besondere Verdienste.

1973 wurde die "Politische Akademie der Vereinigung für politische Bildung" gegründet. Ihr Geschäftsführer Karl Pisa lud mich zur Mitarbeit ein. Die Eröffnungsveranstaltung im Palais Auersperg war der "Zukunft der Politik" gewidmet. Alfred Maleta, damals zweiter Präsident des Nationalrats, referierte über die Notwendigkeit einer wertorientierten Politik, der Politikwissenschaftler Karl Deutsch über die Zukunft des internationalen Zusammenlebens und der Futurologe Johan Galtung über die Zukunft der Bildungsgesellschaft. Der Statistiker Gerhard Bruckmann, der Politologe Wilhelm Hennis und ich gaben Diskussionsvoten ab. Die Broschüre "Die Zukunft der Politik" (Wien 1973) ist noch immer lesenswert.

Alfred Maleta war eine imponierende Persönlichkeit. Nachdem ich sein Buch "Entscheidung für morgen" positiv besprochen hatte, lud er mich zu Gesprächen und Abendessen ein. Einmal hörten wir im "Sacher" beim Abendessen Melodien aus der "Fledermaus" und Maleta sagte: "Prof. Welan, so kann man sich das Paradies vorstellen." Ja, man kann. Maleta hatte genaue Vorstellungen über Strategie und Taktik für die ÖVP als Opposition. Man konnte viel von ihm lernen.

Der Staatsrechtslehrer Hans R. Klecatsky hatte in den "Juristischen Blättern" 1965 die Frage gestellt: "Hat Österreich eine Verfassung?" – Er diagnostizierte ihren "Ruinencharakter". Als ich in unseren "Kamingesprächen" Schleinzer erklärte, dass unsere Verfassung ein Museum der konstitutionellen Monarchie sei, Strukturfehler habe, ein Torso geblieben und eine Ruine geworden sei, lachte er. Ich sollte ihm ein Reformkonzept liefern. Ich hatte gute Kontakte zu Schweizer Juristen und Politologen und holte Erfahrungen über deren Verfassungsreform ein. Dann schlug ich Schleinzer vor, nach dem Muster der Schweiz auch eine große Diskussion durchzuführen und einen entsprechenden Fragenkatalog zu erstellen. Zusammen mit Heinrich Neisser und Felix Ermacora wurde ein solcher verfasst und umfasste folgende Gruppen: Ge-

samtreform oder Teilreform?; Aufgaben und Aufbau der Verfassung; Leitbilder und Grundwerte; Bundesstaat, Demokratie, Rechtsstaat, Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt, Verwaltung und Gerichtsbarkeit, Kontrolle, Haushaltsrecht und Finanzverfassung, internationale Beziehungen. Dieser Fragenkatalog ist ein Zeitdokument, das lange das gehaltvollste Exposé zu einer Gesamtänderung einer Bundesverfassung blieb. Der Verfassungskonvent 2004 ging darüber hinaus, es gelangen einige Vereinfachungen der Verfassung, aber die großen Fragen des Bundesstaates, eigene österreichische Grund- und Freiheitsrechte und die Weiterentwicklung der Demokratie wurden nicht beantwortet. Der Präsident des Rechnungshofes Franz Fiedler hat dankenswerterweise im Internet eine Gesamtwiedergabe der Ergebnisse versucht, aber er wollte keine Drucklegung, wie sie Brüner, Mantl und ich in unserer Reihe "Studien zu Politik und Verwaltung" vorgeschlagen hatten. So ist der Verfassungskonvent zwar insgesamt gescheitert, aber wir sind durchaus aufgrund der Ergebnisse gescheitert geworden.

Wir hatten seinerzeit nach dem Vorbild der Schweizerischen Reformdiskussion nicht nur Juristen, sondern auch Politologen, Soziologen und Historiker eingeladen. Aber nach dem Unfalltod Schleinzer's blieb das alles nur ein Projekt mit vielen, vielen Papieren, die niemals veröffentlicht wurden. Wo sind sie geblieben? Ausführlich wurde das Konzept von Walter Dohr in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (1/1975) behandelt. In der Schweiz zog sich die Diskussion zwar sehr lange hin, aber im Jahr 2000 mündete sie in eine neue Bundesverfassung. Wieder hätte die Schweiz unser Vorbild und Lehrmeister sein können.

Für Generalsekretär Herbert Kohlmaier erstellte ich 1974 ein Gutachten über die Frage: "Parlamentarisches oder sozialpartnerschaftliches Regierungssystem?" Darin plädierte ich für ein Mehrheitswahlrecht á la Großbritannien. Das schien bei der damaligen Zweiparteienkonstellation eine "politologische" Konsequenz zu sein. Strukturdefekte unseres Regierungssystems könnten dadurch gelöst werden, die Sozialpartnerschaft und der Bundespräsident würden parlamentarisiert, die Opposition wäre gestärkt und nicht zuletzt der Bundeskanzler tatsächlich Regierungschef.

Nach dem Tod Schleinzer's wurde Josef Taus Bundesparteiobmann. Mit Unterstützung, vor allem der steirischen ÖVP, wollte er eine "Konzentrationsregierung", also den konsequenten Proporz auch in der Bundesregierung. Meine Studie wurde unter dem Titel "Das proporzparlamentarische Regierungssystem" in den "Salzburger Nachrichten" veröffentlicht. Aber wie andere Vorschläge zu diesem Thema blieb sie ohne Konsequenz. Bruno Kreisky gelang es nämlich, trotz des Proporzwahlrechtes, dreimal die absolute Mehrheit zu erreichen. So hatten weder das

Mehrheitswahlrecht, noch die Konzentrationsregierung eine Chance. Aber die ÖVP war auf einem Reformkurs.

Taus berief mich in die sogenannte Siebzehnerkommission der Partei, die eine Gesamtreform der ÖVP zur Aufgabe hatte. Das schließlich von Hubert Feichtlbauer und mir redigierte Papier war gut und richtig und wurde von Taus übernommen. Aber er konnte es nicht durchsetzen und resignierte. Das war im Jahre 1977.

3 Rektor der BOKU – Mock und Busek

1976 war ich zum ersten Mal zum Rektor der BOKU gewählt worden. Mein Vorgänger Rudolf Frauendorfer und mein Nachfolger Werner Biffel arbeiteten mit mir gut zusammen. Wir verfolgten ein gemeinsames Programm für die neue Organisation. Das Universitätsorganisationsgesetz 1975 war eine große Neuerung.

Das Amt des Rektors wurde meine Lebensaufgabe. Ich konnte in diesem alle meine Begabungen realisieren. Mein Ideal war es immer schon gewesen, ein "uomo universale" zu sein; in der Praxis wurde ich ein "Universaldilettant", was mir in der Wiener Politik sehr geholfen hat. 1979 wurde ich Vorsitzender, der Rektorenkonferenz, heute Universitätenkonferenz, und konnte meine Politik der Offenheit und Öffnung österreichweit verwirklichen. Das bedeutete Reden, Reden, Reden, in jeder Bedeutung des Wortes. Die damaligen Wissenschaftssprecher Sepp Wille von der SPÖ, Heinrich Neisser von der ÖVP und Gerold Stix von der FPÖ waren durch mich mit der Arbeit der Rektorenkonferenz besonders vertraut. Die Oppositionspolitik von Neisser und Stix und kritische Wissenschaftsjournalisten und -journalistinnen wie, Dr. Anneliese Rohrer und Dr. Pauli ersparten es mir, scharfe Konfrontationen mit der Bundesministerin Hertha Firnberg zu betreiben. Generalsekretär Franz Eberhart war der beste Mitarbeiter, den ich je hatte. Bei unseren Gesprächen entwickelte ich beim Reden und Gehen Gedanken, die er unmittelbar darauf in unseren Papieren und Aussendungen umsetzte. Internationalität, lebenslange Bildung, Öffnung und Offenheit waren unsere Schwerpunkte. Meine Politik der Kooperation mit allen Gruppen und Parteien machte mich in Österreich bekannt.

"Liberal denken, christlich-sozial handeln!", das war der Inhalt meiner vielen politischen Reden. Bei einem Empfang des Bundeskanzlers im Parlament sollte ich mich bei Kreisky als Rektor und Vorsitzender der Rektorenkonferenz vorstellen. Er sagte lächelnd: "Ich kenne Sie ja schon lange durch Ihr schönes Buch über den Bundeskanzler, das Sie mit Neisser geschrieben haben!" Und da soll man nicht stolz sein! Das Buch war den Bundeskanzlern gewidmet, aber welche haben es gelesen? Bald nachdem Alois Mock Parteiobermann geworden war, zog er mich als Berater in Bildungs- und Wissenschaftsfragen heran. Ich wurde ein Mock-Mann. Er war ein Workaholic, Detaillist, der sich auch um Kleinigkeiten und kleine Leute kümmerte. Die soziale Frage war für ihn eine ständige Herausforderung. Als christlich-sozialer Konservativer war er ein Vorbild. Ich durfte seine Erklärung zur Lage der Nation am 6. Oktober 1986 im Belvedere vorbereiten und einbegleiten – für mich ein Höhepunkt unserer Zusammenarbeit. Wir entwarfen einen aufgeklärten Patriotismus mit Offenheit und Öffnung und schon im Hinblick auf das neue Europa.

Anfang der 1980er-Jahre hatte mich Erhard Busek in die Wiener Politiker geholt, mich, einen Mock-Mann. Aber er wollte einen "Grünen". Als langjähriger BOKU-Rektor mit meinem Konzept "Bildung durch Ökologie" war ich gefragt.

Erhard Busek hatte ich 1964 bei einer Diskussion mit dem Journalisten Thomas Chorherr über die Rolle des Bundespräsidenten kennengelernt. Als ich diesen als Passiv- und Ersatzkaiser bezeichnete, lachte Busek laut und auch ich musste lachen. Später traf ich ihn als Diskussionspartner immer wieder, er war sprachgewaltig, schlagfertig, wusste alles und lachte gerne. Mit ihm wurden auch ernste Sachen zur - wienerisch gesprochen - "Hetz". Das war es auch, was die Zusammenarbeit mit ihm zum Vergnügen machte. Das politische Leben kann man ja im Alltag nur mit Ironie ertragen. Es ist ein Theater, das Publikum will es so, aber man muss es ernst nehmen.

Erhard Busek galt als DER fortschrittliche Intellektuelle in der ÖVP, nach dem Konservativen Heinrich Drimmel. Er ist einer der belesensten Politiker, die ich kennen gelernt habe. Das erleichterte unsere Kommunikation, da er Zitate und Anspielungen sofort verstand. Seine rasche Auffassungsgabe und sein stupendes Gedächtnis, auch für Kleinigkeiten, meistens Personalien, sind einmalig. Er hat auch die komplexe Schau und die große Linie. Deshalb war er ein hervorragender Kommunalpolitiker. 13 Jahre lang war Busek Parteiohmann in Wien. Er hatte immer neue Ideen, seine Oppositionspolitik war originell. Er vertrat lange vor den Grünen eine ökologische Richtung. Die Position Wiens in Europa führte ihn zu einem besonderen Engagement für den Donaauraum. Er wurde geradezu ein virtueller Ministerpräsident Mitteleuropas. Freunde in den Nachbarstaaten brachten ihn zu oppositionellen Gruppen. Die Geschichte gab ihm Recht.

Als er bei den Gemeinderatswahlen 1987 nicht mehr so erfolgreich war wie 1983, schien er einige Zeit wie betäubt zu sein. Das Wahlergebnis von 30 Mandaten (SPÖ 62, FPÖ 8) war meines Erachtens dadurch bedingt, dass ab 1986 die ÖVP nach über 15 Jahren Opposition auf Bundesebene wieder in der Bundesregierung war. Daher war die Opposition der ÖVP in Wien nicht mehr so glaubwürdig. Die FPÖ punktete mit "Ausländer raus".

Buseks Glück war es, dass Josef Riegler Vizkanzler wurde und er als Wissenschaftsminister berufen wurde. Er war der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Platz. Seine Politik machte neue Universitätsgeschichte. Mitte 1994 erreichte er den Höhepunkt seiner politischen Karriere als. Bundesparteiohmann, Vizkanzler und Wissenschaftsminister. Demokratiepolitisch richtig sprach er sich vor der Wahl "ohne Wenn und Aber" für eine Koalition mit der SPÖ aus. "Mit Haider ist kein Staat zu machen", wurde zum geflügelten Wort. Die ÖVP fiel aber bei

der Wahl von 32% auf 28% zurück und verlor acht Mandate. Die Regierungsbildung ging rasch vor sich, aber bald wurde er innerhalb der eigenen Partei demontiert. Auch als Unterrichts- und Kulturminister hinterließ er wesentliche Spuren. Als Vizekanzler auf seine Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Franz Vranitzky angesprochen antwortete er: "Ich habe meine politischen Konturen, ich mache Politik auf meine Art. Wenn man Vranitzky oft als Moderator der Politik bezeichnet, bin ich sicher ein Akteur der Politik."

4 Mit Busek in Wien

Ich habe einmal in der Partei über Busek gesagt: "Der Erhard denkt rascher als wir träumen, handelt rascher als wir denken und ist schon dort, wohin wir erst aufbrechen."

Ich war gern mit ihm in der Politik. Neben Jörg Mauthe, Alfred Worm und Otto Wagner wurde auch ich zu den "bunten Vögeln" gezählt. Ich war jedenfalls für ihn eine grüne und publizistische Verstärkung. 1978 war Busek von 27 auf 32 Mandate gekommen. 1983 auf 37 Mandate.

"Was wollen Sie in der Wiener Politik?", fragten mich Journalisten. "Sie haben ja schon eine ganze akademische Karriere hinter sich." Ich antwortete: "Wien grün werden lassen, die Gratz-Demokratie zur Grätzl-Demokratie machen und die Wissenschaftsstadt Wien zum Blühen bringen." Umwelt-, Demokratie- und Wissenschaftspolitik – das war mein Programm. Einiges konnte ich durchsetzen.

Wir veranstalteten Aktionen Sonderzahl, Kontakte mit Bürgerinitiativen, spontane Grün- und Demokratieaktivitäten, Vorlesungen, Öffentliche Diskussionen, offene Gemeinderäte. Neue Aktivitäten wie das "Stadtfest", "Pro Wien", der "Club Wien", der "Club Alpha", die Gründung von Nachbarschaftshilfezentren, das "Metropol", der Club "Bunter Vogel" und Grüninitiativen brachten Bewegung in die Politik. Alte Organisationen wurden erneuert, wie das Soziale Hilfswerk, Kinder in Wien oder Jungvolk. Diese Politik des "Lass 1000 Blumen blühen" und eine lebendige Themenführerschaft weckten einen "Mut zum aufrechten Gang", "mit bürgerlichem Credo" und das nicht nur bei "Döblinger Regimentern", sondern allgemein: "Busek und sein Team" machten Lust auf Politik. Es gelang ihm, das politisch passive bürgerliche Wien zu politisieren und zu motivieren. Es gelang ihm, durch seine Erfolge, die Wiener Volkspartei neu zusammenzuführen und insgesamt zu einen.

Wir waren in vielerlei Hinsicht modern, andererseits belebten wir Traditionen: Greißler, Beisls, Cafes, Kirtage und Grätzlfeste, der Heurige, das Wiener Lied, aber auch die Wiener Mode, die Wiener Werkstätten, ... Wir umarmten und pflanzten Bäume, "retteten" den Wiener Wald, Wiener Bäche und Flüsse, die vergessen waren. "Wien, das Grüne" von Rudolf Hans Bartsch gab mir viele Anregungen. Ich gab sie später an Grüne weiter.

Die für mich aufregendsten Wahlveranstaltungen waren Passagendiskussionen, bei denen sich ÖVP-Politiker von Bund, Land und Bezirk den vorübergehenden Passanten mit ihrem Programm für Wien vorstellten. Meine erste dieser Diskussionen fand im Bahnhof Wien Mitte statt. Massen zogen ohne Interesse vorüber, aber manche blieben doch stehen, ein Bub spielte

vor mir mit einem Ball und zeigte seine Geschicklichkeit, ein betrunkenere Obdachloser saß mit seinem Doppler da und grölte dazwischen. Ich habe eine laute Stimme und war gut vorbereitet. Eine meiner Kolleginnen litt unter dem Lärm und den Unterbrechungen durch Zwischenrufe. Das nächste Mal gab ich dem Obdachlosen gleich zu Beginn 20 Schillinge mit der Aufforderung zu klatschen. Das tat er dann, vielleicht zu viel. Bei einer Diskussion in der Universitäts-Passage befragten mich nur bekannte Studierende und da war ich im Vorteil. Im Allgemeinen waren die Menschen gutmütig, aber wenig gut kam das frühere Nein der ÖVP zur Donauinsel an, ich bezeichnete das Nein als großen Fehler.

Eine der Wahlveranstaltungen fand im Restaurant "Schweiner Frack" im 14. Bezirk statt. Dort war ich Betreuungsmandatar. Es ging um Umwelt und Demokratie und ich konnte auf einige anwesende BOKU-Kollegen verweisen. Professor Bernd Lötsch trat mit den Worten auf: "Der Bürger ist erwacht, er lässt sich nicht mehr gängeln, er will Mitsprache." Hier hakete ich ein: "Umwelt und Demokratie gehören zusammen!" Es war eine meiner besten Reden, die ich dann häufig wiederholte.

Im Verfassungsgerichtshof, in der Bundeswirtschaftskammer und vor allem auch an der BOKU war ich eine schöne Gemeinschaft gewöhnt. Umso mehr überraschte mich die Kollegialität, die in der Busek-ÖVP herrschte. Der ÖVP-Club erwies sich als eine sehr menschliche Vereinigung unter der umsichtigen und umtriebigen Leitung Günther Gollers, der buchstäblich alles wusste, vor allem die Vita aller Politiker und aller Politikerinnen. Als ich ihn einmal vor einer zu haltenden Rede im Gemeinderat fragte, wie ich sie anlegen sollte, sagte er: "Flexibel!" Ich habe ihn nie mehr gefragt.

Die Mitarbeiterinnen des ÖVP-Clubs Grete Hanke und Grete Zegner sowie Clubsekretär Oskar Wawra waren engagiert und hilfsbereit. Die Stimmung war gut. Wir waren gegenüber der SPÖ zwar eine Minderheit, aber eine große und wir befanden uns gegenüber der SPÖ im Aufwind. Beides hielt uns zusammen, beides gab uns Schwung.

Der Liebenswerteste im ÖVP-Club war Landtagspräsident Fritz Hahn, ein authentischer ÖAABler und Garant für eine christlich-soziale Politik. Mehr als ein Viertel Jahrhundert gehörte er dem Wiener Gemeinderat an. Nach Wahlen und auch bei anderen passenden Gelegenheiten erinnerte er: "It's the people." Er verhielt sich zu mir wie ein älterer Bruder. Als ich sein Nachfolger als Landtagspräsident wurde, erklärte er mir, worauf ich bei der Vorsitzführung aufpassen müsse; dafür war ich ihm sehr dankbar. Mit ÖAABLern im Club schloss ich beson-

dere Freundschaften, so mit Ingrid Korosec, deren große Karriere durch ihr nie rastendes Engagement schon früh vorgezeichnet war und mit Maria Hampel-Fuchs, die mit mir geradezu herzlich gut zusammenarbeitete, als wir beide Stadträte waren. Sie hatte immer gute Laune, großes Detailwissen und war im Sozial- und Gesundheitswesen eine gute Kontrollorin. Eine besondere Kollegialität verband und verbindet mich mit Gemeinderat Franz Karl.

Wenn ich an meine Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen zurückdenke, so wundere ich mich oft, warum das Politikerimage so schlecht ist. Fast alle taten Jahr aus, Jahr ein ihre Pflicht und erfüllten sie mit Freude, waren anständig und freundlich. Korruption, Nepotismus und Freunderlwirtschaft blieben, ausgenommen vielleicht letztere, Ausnahmen. Trunksucht und Missbrauch von Nervengiften waren selten. Die privaten Beziehungen sind allerdings durch die politische Tätigkeit belastet.

"Meine" Bezirke als Mandatar wurden Penzing und Mariahilf. Die Betreuung nahm viel Zeit in Anspruch. Ich nahm an den Sitzungen der Bezirksvertretungen, der Bezirkspartei, ihren Veranstaltungen und Festen teil und hielt Sprechstunden ab. Obmann Franz Blauensteiner, später Kurt Pint vom 6. und Obmann Johann Gundacker vom 14. Bezirk waren zuvorkommend und kooperativ. Das war nicht selbstverständlich, denn Busek hatte mich schließlich gegenüber Bezirkskonkurrenz durchgesetzt.

Die Sitzungen der Bezirksparteileitungen liefen nach dem bekannten Schema ab: Berichte, Referate, Diskussion, dann wurden Entscheidungen herbeigeführt, meist aufgrund von Formulierungen der Vorsitzenden und schließlich gab es ein gemütliches Beisammensein, bei dem manchmal viel getrunken wurde. Ich wurde dort teils als "bunter Vogel", teils als alter Bekannter, immer aber als Professor angesehen. Die Sitzungen der Parteileitungen verliefen ähnlich, nur wurde nachher nicht kollektiv getrunken.

Als ich zum ersten Mal in den Saal des Wiener Gemeinderates eintrat, machte mich ein Kollege aus der SPÖ auf lateinische Inschriften aufmerksam: "Quidquid agis, prudenter agas et respice finem" und "fortiter in re, suaviter in modo". "Was du beginnst, beginne es klug und bedenke das Ende" und "Hart in der Sache, mild in der Form".

Die Wiener Sozialisten haben oft nach diesen Sätzen zu ihrem Vorteil regiert. In der Politik ist ein dritter Satz wichtig: "Et iam dimissum, volat irrevocabile verbum." "Einmal aus dem Mund, fliegt unwiderruflich das Wort hin." Ich könnte mehrere Politiker nennen, die sich nicht daran hielten.

Ich habe Kollegien vieler Bereiche durchwandert, in Politik und Universität, Partei und Gewerkschaft usw. Immer kam mir das "Modell Schule" in den Sinn:

Vorne einer oder eine kleine Gruppe und gegenüber sitzt die Mehrheit. Da gibt es stille und laute, brave und schlimme Schüler. Jene, die vorne sitzen, sind die Themen und Probleme oft schon mehrere Male durchgegangen, zum Beispiel im Parteivorstand, in der Parteileitung usw. Sie verfügen über mehr und bessere Informationen, die anderen aber über weniger, weshalb sie meistens "Ruhe" geben. Die Mehrheit ist gutmütig, oft bequem und pflegt ihre individuellen Bedürfnisse. Das Meiste in Kollegien ist Ritual und Wiederholung. Die Neuen müssen sich jeweils anpassen. In der Schule sagten wir "neuer Koch muss kochen lernen". In fast allen Kollegien kommt es letztlich zur Entscheidungsfindung durch Formulierung des Vorsitzenden.

Zu meiner Zeit hatten Frauen in den Gremien Sonderstellungen. Ihr Aussehen und Auftreten wurden besonders kritisch von Kolleginnen beobachtet. Frauen haben ihren individuellen Auftritt und fast immer ein besonderes Outfit. Männer sind überwiegend Rudeltypen und gaben meist Ruhe, wenn der Häuptling gesprochen hat.

Fraktionszwang habe ich nie erlebt. Was ich erlebt habe war mangelnde Parteidisziplin. Und darüber ärgerte ich mich.

Der Vorsitz in der Rektorenkonferenz hatte mich hochgehoben. Die Wiener Kommunalpolitik brachte mich wieder auf den Boden. Die Jahre der internationalen Orientierung waren gut gewesen; die Jahre der lokalen Orientierung waren besser, besonders in Wien.

5 Aus meiner ersten Rede im Landtag:

"Unsere Stadtverfassung geht bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. In gewissem Sinn ist sie ein historisches Museum der Stadt Wien. Das ist nichts Schlechtes, denn es ist immer gut, sich an den Ursprung zu erinnern, an den Ursprung unserer Demokratie und Republik, nämlich an die Wiener Revolution 1848. Diese Erinnerung sollte uns verbinden und zu unserem politischen Auftrag gehören. Wien war durch seine Revolution ein Vorreiter der Demokratie, Wien sollte der Vorreiter der Demokratie bleiben.

Demokratie ist der Baustil des Wandels. Diesen Baustil wollen wir in alle Gesellschaftsbereiche hineinführen. Er bedeutet, dass es immer wieder Veränderungen geben soll, aber ohne Bruch und ohne Opfer. Demokratie ist Reform. Aber um die Demokratiereform der Siebzigerjahre ist es still geworden. Den früher von Bruno Kreisky gesprochenen Satz: "Man hält die Demokratie dadurch ruhig, dass man sie unruhig hält", hört man nicht mehr. Wir sollten ihn aufnehmen und ihn in schöpferische Arbeit umsetzen. Dabei geht es um Vielfalt und um einen Formenreichtum, um eine demokratische Kultur des "Leben und Lebenlassens", um die Durchflutung aller Lebensbereiche mit dieser Kultur, um diese Wiener Version und Vision von Toleranz. Demokratie soll nicht so sehr Herrschaft der Mehrheit sein, sondern Schutz der Minderheiten, Gewährleistung der Vielfalt, ein Gesellschaftssystem des Geltenlassens und der Selbstverwirklichung möglichst vieler.

Minderheitsrechte sind die Würze des parlamentarischen Lebens. Sie machen das gegenseitige Ertragen und Vertragen leichter. Sie geben der Vielfalt der Meinungen Ausdruck und machen Kritik und Kontrolle überhaupt erst möglich. Für eine Großstadt mit der großen Vielfalt Wiens gilt das besonders. Die Wiener Politik muss diese Vielgestaltigkeit fördern.

Man sagt uns Wienern oft nach, dass wir zu sehr Traditionen des privaten Individualismus – manche sprechen sogar vom Privatanarchismus – huldigen, zu Hause, im Kaffeehaus, im Beisel, beim Heurigen. "Mei Ruah wül i hob'n", das ist sozusagen die wienerische Version des liberalen Rechtes, in Ruhe gelassen zu werden.

Dieses Recht sollten wir dem Bürger nicht nehmen. Aber wir müssen ihn auch zur aktiven Freiheit bringen. Und er wird sich diese aktive Freiheit selber nehmen.

Ein Wiener Kämpfer für die Freiheit, Ferdinand Kürnberger, schrieb 1861 in dem Aufsatz "Was ist Freiheit?": "Wo der Absolutismus auf uralten historischen Wurzeln im Volke steht, wird er

die Gewohnheiten und Anschauungen auch der konstitutionellen Gesetzgebung und Verwaltung noch lange beherrschen. Übergangsperioden vom Absolutismus zum Konstitutionalismus sollen daher vor allem mit der Gründung der passiven Freiheit beginnen... Das Individuum will zunächst über seine persönliche Freiheit beruhigt sein, wenn es dem komplizierten Bau der Staatsfreiheit vertrauensvoll seine Hände reicht."

Achten wir das Recht, in Ruhe gelassen zu werden, aber klären wir darüber auf, dass Passivfreiheit allein in einer Demokratie zu wenig ist. Denn in der Passivfreiheit liegt die Gefahr der ausschließlichen Privatisierung des Einzelnen. Demokratie aber braucht die Politisierung. Schon längst sind Bürger für die aktive Freiheit bereit. Bürgerinitiativen sind das beste Beispiel dafür. Die Bürger sind erwacht, sie sind wacher denn je, sie ergreifen Initiative. Besonders in Wien ist das Potential des politisch engagierten Bürgers größer geworden.

Die vorwärtsdrängende Energie der Demokratie ist vor allem dezentral vorhanden, im Bezirk, im Grätzel. Daher kommt der Grätzeldemokratie große Bedeutung zu. Politische Aufwertung der Bezirke ist der richtige Weg zu einer neuen Selbstverwaltung. Diese Aufwertung der Bezirke überwindet die Resignation und die Melancholie der Vergeblichkeit, die man mit den Wiener Worten: "Do ko ma nix moch'n!", so gerne umschreibt. Denn dort, wo der Bürger zu Hause ist, dort soll er sich auch zu Hause fühlen, dort soll er für das Allgemeinwohl im kleinen Bereich seinen Beitrag leisten können.

Leben und Lebenlassen, das ist die alte Maxime für morgen! Die Politik ist neu herausgefordert! Die Bürger sind neu herausgefordert ... Wien braucht Ideen, wir werden sie liefern!"

Nach der Rede ging Bürgermeister Gratz auf mich zu und gratulierte mir: "Aber auch Sie werden die Wiener nicht zu aktiven Demokraten machen. Die sind Zuschauer im Demokratietheater." Er hatte recht, aber einiges hat sich doch verändert.

6 Arbeitsgebiete und „das Politische“

Meine Arbeitsgebiete in der Wiener Kommunalpolitik waren Umwelt und Demokratie, Wissenschaft und Kultur. Demokratie und Ökologie gehören für mich zusammen. "Bildung durch Ökologie" soll auch politische Bildung für Demokratie sein. Die Dezentralisierung und Aufwertung der Bezirke waren für mich eine ständige Forderung an die Wiener Sozialdemokratie. Aber die Novellen der Wiener Stadtverfassung brachten weder eine große Dezentralisierung, noch eine große Demokratisierung. Der Zentralismus feierte in Wien nach wie vor fröhliche Urständ. Ich plädiere für eine neue Urbanität, für eine "Selbstverwaltung in der Selbstverwaltung", die von unten her aufzubauen ist, vom kleinen Kreis in unmittelbarer und mittelbarer Demokratie und in der Zuwendung zu bevölkerungsnahen Aufgaben des Alltags. "BürgerInnen-Räte" sind ein gutes Mittel dazu.

Was Politik in der Praxis bedeutet, lernte ich in Wien. Es erstaunte mich, dass sie sich tatsächlich genauso abspielte, wie ich es mir als Theoretiker vorgestellt hatte. Der teilnehmende Beobachter wurde beobachtender Teilnehmer. Ich empfand mich wie ein Dschungelbiologe im Urwald. Die ungeheure Dominanz der Verwaltung, die Hegemonie der SPÖ, der Bürgermeister als demoautoritärer Monarch, das war in der Praxis faszinierend, aber auch mühsam als Erfahrung für uns als Opposition.

Als Gemeinderat und Landtagsabgeordneter wurde ich Mitglied zweier Parlamente. Die politische Trennungslinie verlief natürlich nicht zwischen den Vertretungskörpern und der Regierung, sondern innerhalb der Volksvertretung zwischen Regierungspartei und Opposition.

Die Sitzordnung im Saal galt auch im Buffet, denn man saß, aß und trank getrennt "nach Fraktionen". Das hatte ich nicht erwartet. Viele solcher Regeln des lebenden Rechts musste ich lernen.

Wir wurden intern mit Kollege bzw. Kollegin angeschrieben und angesprochen, die Sozialisten mit Genosse bzw. Genossin und die Freiheitlichen mit Kamerad bzw. Kameradin.

Die politische Woche war insofern fixiert, als die ÖVP jeden Montagvormittag im Café Landtmann ihr Pressegespräch führte. Unsere Pressesprecherin fragte mich vorher jeweils: "Hob'n S' was, Herr Professor?" – Bald hatte ich fast immer "was", aber es war nicht immer das, was sie wollte. Der Bürgermeister hielt sein Pressefoyer an jedem Dienstag ab. Von Ausnahmen abgesehen, ging das so jahraus jahrein. Der Ritualisierung der offiziellen Politik steht die Opportunität der inoffiziellen gegenüber. Aber auch diese war ritualisiert.

Das "Politische" spielt sich ja nicht im Gemeinderat und schon gar nicht im Landtag ab. Dort geschieht die "Legitimation durch Verfahren". Jörg Mauthe sah den Gemeinderat als Schauplatz eines leeren Rituals. Er führe ein einstudiertes Stück nur vor und für sich selbst auf und zwar immer wieder dasselbe Stück. Die Arbeit in den Ausschüssen war politisch wichtiger als jene im Gemeinderat. Sie ging zusammen mit dem amtsführenden Stadtrat und seinen Beamten vor sich, aber ohne Öffentlichkeit. Also "Legitimation durch Ritual".

Die reale Politik findet nicht in der Öffentlichkeit statt, sie wird nicht im Stadtparlament, sondern in privaten Gesprächen und zufälligen Treffen gemacht. Politik spielt sich nämlich geradezu privat ab, in und zwischen den Parteien, in den Verwaltungen, in der Wirtschaft, zwischen ihnen und den Medien.

Wien bestand schon in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts aus vielen Gesellschaften, die in ihrer Vielfalt noch nicht untersucht worden waren. Sie hatten jeweils ihre eigene Sprache, ihre eigene Kultur, ihre eigene Welt und lebten relativ isoliert nebeneinander auch isoliert gegenüber der eigentlichen alten Wiener Bevölkerung. So ist es geblieben, aber mit Menschen aus 180 Staaten.

Es gibt Berufe, die mit mehreren Gesellschaften Kontakt haben. Auch als Politiker kommt man viel herum und ich lernte mich in mehreren Gesellschaften zuhause zu fühlen. Das war das Schönste an diesem Beruf. Nach meiner Erfahrung hat Wien private Gesprächskulturen, aber sicherlich keine öffentliche politische Streitkultur. Privat wird allerdings nicht das Große und Ganze besprochen, für das haben die Menschen hier in Wien wenig Animo und noch weniger Begeisterung. Es geht um das Kleine und Einzelne, um das Persönliche, um die Politik des Konkreten.

Unter dem Mangel an öffentlicher Diskussionskultur leidet vor allem der Parlamentarismus. Obwohl Wien die Stadt mit den meisten Parlamenten und Parlamentariern ist, merkt man das in der Öffentlichkeit kaum. In den Medien kommt in der Regel Regierungspersonal der einzelnen Ebenen zu Wort und ins Bild. Die gouvernementale Hegemonie bestimmt alle Ebenen und Bereiche, vom Bürgermeister bis zum Bezirksvorsteher. Information in den Medien ist meist eine Aneinanderreihung von Fällen und Unterhaltungen. Die sog. Sozialen Medien gab es noch nicht. Ich bin auch jetzt bei keinem dabei.

Mein Kollege Jörg Mauthe war Idealist und vielleicht deshalb pessimistisch. Er kritisierte den Primitivismus der Politiker und der Medien und sagte oft zu mir: "Du, es wird alles vulgärer

und ordinärer, darüber sollst Du schreiben. Im Übrigen ist Politik, die "Ja" oder "Nein" sagt, überholt. Heute muss man bei vielen Fragen "Ja, aber..." oder "Nein, aber..." sagen.

Aber Politik, die rasch an- und durchkommen will, unterscheidet nicht, differenziert nicht. Sie simplifiziert, sie primitiviert. Das ist heute die Regel. Man wird gefragt: "Bist du dafür, oder bist du dagegen?" – Dann soll man nicht lange unterscheiden oder antworten: "Es kommt darauf an ...", sondern dafür oder dagegen sein.

Mauthe hat im "Club Wien", dessen Leitung ich nach seinem Tod übernahm, Aktionen für das Beisel, das Café, den Heurigen, den Schrebergarten und für das Wiener Lied und Wiener Bräuche initiiert und inszeniert. Ich habe das einige Jahre fortgesetzt. Die Mappe des "Club Wien" ist eine Fundgrube. Sie muss erst von HistorikerInnen entdeckt werden. "Small is beautiful", Grätzlbelebung, Innenhofbegrünung, Dachbepflanzung, Baumfeiern, Ortskernpflege, "Blumen in Wien", Hausschmuck etc., Dezentralisierung, Stadterneuerung, das waren die ÖVP-Ziele. Einiges wurde von der SPÖ übernommen. Das sind die Erfolge der Opposition: Die Regierung übernimmt ihre Vorschläge.

Bürgermeister Gratz war einer der Demokratiereformer. Als ich einmal fragte, warum er nicht aktiver gegen unsere Opposition ankämpfe, sagte er: "Wissen Sie, Herr Professor, ich bin schon so alt in der Politik, dass ich nicht immer Recht haben muss." Später lud er mich einige Male zu einem Gespräch ein, das ich immer genoss. Er war ein "Sir".

7 Das Schönheitsmanifest

Jörg Mauthe hatte ein klares Bild von einem Politiker. Er sah ihn als "dienenden Bruder". Das Schöne und das Gute waren für ihn "die beiden fundamentalen Maßstäbe allen menschlichen Tuns und Denkens", auch in der Politik.

Davon ist das Schönheitsmanifest geprägt, das er zusammen mit Günther Nenning im Mai 1984 publizierte. Mir wies er die Aufgabe zu, über "Das Recht auf Schönheit" zu schreiben, was ich im "Wiener Journal" versucht habe.

Das "Schönheitsmanifest" mit dem Titel "Ein Zeitalter geht zu Ende" beginnt mit der Feststellung: "Das schöne Land Österreich wird immer hässlicher."

Die Betonierwut der Technokraten; die Gefühllosigkeit der Politiker; die Brutalität zügelloser Produktion; die ebenso große Lüge vom Konsumglück; eine allen politischen Lagern gemeinsame Verachtung von Geist, Vernunft und menschlichem Gefühl haben es dahingebacht:

... unsere Städte sind hässlich und unwirtlich geworden;

... unsere in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaften werden zerschnitten, verwüstet, zerstört;

... unwiederbringliche Naturschätze werden verbetoniert, verstümmelt, dem kommerziellen Ausverkauf preisgegeben;

... alle jene Tugenden sterben aus, ohne die eine Gesellschaft nicht gedeihen kann. Verroht und verwahrlost sind Sitte, Sprache und Gefühl für nachbarschaftliche Solidarität.

Wir stellen traurig fest, dass das Schöne in keinem Parteiprogramm auch nur erwähnt wird.

Das Schöne wie das Gute sind aber die beiden fundamentalen Maßstäbe allen menschlichen Tuns und Denkens.

Die pausenlose Verhässlichung unserer Welt ist ein Skandal.

Machthaber sind ja oft unerquicklich. Aber die früheren haben wenigstens Schönheit hinterlassen. Die heutigen zerstören sie.

Wir zweifeln nicht daran, dass sich die Frage nach der Schönheit sehr bald zu einer Überlebensfrage nicht nur der politischen Parteien, sondern unserer Demokratie überhaupt entwickeln wird. Der Widerwille gegen die Verhässlichung unserer Welt wird in vielfältigen, auch politischen Formen immer deutlicher: In steigender Alltags-Aggressivität, zunehmender innerer Emigration aus dem Leben der Gesellschaft, immer größerer Entfremdung vor allem der jüngeren und sensibleren Menschen von der herkömmlichen Politik.

Ein Zeitalter geht zu Ende, ein neues beginnt. Die Menschen merken es, die meisten Politiker nicht. Die tägliche Vernichtung von Schönheit muss aufhören.

Wir fordern alle politisch Tätigen, die Parteien, aber auch unsere Journalistenkollegen in allen Medien auf, dem Schönen Aufmerksamkeit, Schutz und Hilfe zu gewähren.

Wir fordern die Machtausübenden auf allen Ebenen, vom Minister bis zum Sachbearbeiter, vom Landeshauptmann bis zum Bürgermeister der kleinsten Gemeinde, vom Kammerpräsidenten bis zum Betriebsrat auf, alles in ihrer Macht und ihrem Einflussbereich zu unternehmen, was eine Vermehrung der Häßlichkeiten verhindern kann.

Wir verlangen, dass Schönheit in ihre uralten Rechte wiedereingesetzt wird.

Ursprünglich formulierten Mauthe und Nennung als Schlusssatz: "Ohne Schönheit stirbt der Mensch", aber letztlich getrauten sie sich dann doch nicht. "In zarter Rücksicht auf die progressiven Gefühle unserer zögerlichen grünen Mitstreiter. Natürlich nutzte das nichts. Wir ernteten dennoch verdienten Hohn.", so Günther Nennung. Er schrieb 1995: "Als es in Wien das Favoritner Arbeiterheim noch gab, befand sich an der Stirnwand des Festsaaes ein Spruch des SPÖ-Gründers Victor Adler (1902): "Die Arbeiterklasse verlangt nicht nur politische Rechte, wir fordern auch das Recht auf Schönheit."

8 Wien – mehr Grenzstadt als Weltstadt – und die Weltausstellung, die nicht stattfand

Wien war in den frühen 1980er Jahren am östlichen Rand der westlichen Welt. Es war eine aussterbende Stadt, grau in grau. Mehr Grenzstadt als Großstadt. Mauthe sprach von „Ostblockisierung“, die Medien schrieben über die „Austrosklerose“ Wiens. Mauthe spürte aber etwas Neues. Busek wollte vor allem den Donaauraum neu beleben. So entstand das Projekt einer Weltausstellung in Budapest und Wien. Die Expo 95, mit dem Titel "Brücken in die Zukunft" wurde geboren. Damit hatte Wien, hatte Österreich, eine neue Herausforderung und ich hielt und schrieb dazu dutzende Reden.

Aber die Volksbefragung ging gegen die Expo 95 aus. Der Architekturforscher Christian Kühn sah den Grund des Scheiterns im politischen Kleingeist: "Auf ein Volksbegehren der FPÖ reagierten die Befürworter mit einer Volksbefragung unter der Wiener Bevölkerung, die aufgrund hoffnungslos kurzer Vorbereitungszeit negativ ausging. Was von der Expo 95 übrig bleibt, ist die vorgezogene Nachnutzung des Areals vor der Uno City, abgewickelt von der anlässlich der Weltausstellung gegründeten Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donaauraum. Die Weltausstellung ist nur noch Reminiszenz an die großen Visionen, die mit dem Donaauraum und der Expo 95 verbunden waren."

Immerhin hat die Diskussion "Chancen für den Donaauraum" zu alten Ideen auch neue gebracht. Ich selbst hätte die Weltausstellung am liebsten auf der Donauinsel gesehen. Weltausstellungen mit Wasserumgebung haben ihren besonderen Reiz, wir hatten es in Kanada erlebt.

Ein Lieblingsprojekt Mauthes war der Wiener Donaauraum mit Praterstern, Wurstelprater und Messegelände, der ihm zufolge ein Paradebeispiel dafür darstellte, wie man anstelle von Stadtentwicklung "Stadtverwicklung" betreiben kann. Die an der Donau gelegenen Stadtteile von der Uno City bis zur Lobau entbehrten jedes übergeordneten städtebaulichen Konzeptes. Keines dieser Probleme war geklärt.

Katharina Mauthe, seine Enkelin, schrieb in ihrer Matura-Arbeit: "Diese Vorstellungen Mauthes entstanden, als für die Gemeinde Wien große Projekte zur Entscheidung anstanden, die Überbauung der Donauuferautobahn und die Staustufe Wien. Diese Bauvorhaben sind abgeschlossen. Mauthes Vorstellung von einer durchdachten übergeordneten Planung konnte sich nicht durchsetzen."

Für die Wiener Volkspartei präsentierte ich wiederholt den "Donau-Raum" mit drei Jahrhundertchancen: "Donauraum in Wien, Donauraum in Österreich, Donauraum in Europa."

Die großen Fragen des Donauraumes sind noch heute aktuell. Anfang der 90er Jahre hat eine von Ernst Gehmacher initiierte Diskussion über „Grün und reich. Unsere Region als Gegengewicht zum Münchner Raum" stattgefunden. Der Wettbewerb der Regionen ist geblieben. Wien und Bratislava haben hier gemeinsam eine besondere Herausforderung.

Mauthe starb am 29. Jänner 1986. Allen, die ihn kannten, geht er ab. Und denen, die ihn nicht kannten, geht er noch mehr ab, ohne dass sie es wissen. Denn seine Leidenschaft für Wien und seine geistige Erfassung unserer Stadt fehlen. Es gibt niemanden, der mit ihm heute vergleichbar wäre. Das gilt auch für seinen Freund, den 2006 verstorbenen Günther Nenning. Auch er war ein einmaliges Original. Er geht in der Öffentlichkeit noch mehr ab als Mauthe.

Ich habe als aktiver Politiker den Paradigmenwechsel in der Politik erlebt, als Rektor der Universität für Bodenkultur, den Weg von Zwentendorf zu Hainburg, und das Engagement unserer Studierenden und WissenschaftlerInnen in diesen beiden großen konkreten Fällen. In der Rektorenkonferenz initiierte ich 1984 die Studie einer Arbeitsgruppe, die sich aus dem Wasserwirtschaftler Werner Biffl, dem Soziologen Kurt Freisitzer, dem Ökonomen Clemens August Andrae und mir zusammensetzte. Die Studie "Entscheidungen komplexer Probleme" ist weiterhin aktuell.

Als Politiker plädierte ich anlässlich beider Fälle im Konflikt mit Heinz Fischer für die Direkte Demokratie und ihren Ausbau.

9 Paradigmenwechsel in der Politik

Der Streit um Hainburg war eine Wende in der Österreichischen Politik und Rechtsentwicklung: So wurden das Bundesverfassungsgesetz über den umfassenden Umweltschutz erlassen (1984), die Wasserrechts-Novelle 1985, das Niederösterreichische Naturschutzgesetz und das Niederösterreichische Umweltschutzgesetz schon 1974 mit Mitwirkungsrechten der Bürger und der Einrichtung der unabhängigen Umweltschutzbehörde (1985) und der öffentlich-rechtlichen Umweltakademie. Es wurde zum Vorbild für andere Bundesländer. In Wien dauerte es länger.

Kurt Wedl und ich gaben 1988 namens der "Akademie für Umwelt und Energie" das 700 Seiten umfassende Buch "Der Kampf um Hainburg in Gerichts- und Verwaltungsakten" heraus. Dieses Werk war Mühsal. Aber es war ohne die "Kälte der Au" und die "Hitze der Konflikte" entstanden.

In den 1980er Jahren war der Begriff "Waldsterben", von Deutschland kommend, auch im österreichischen Sprachraum populär geworden. Der Satz: "Wenn der Wald stirbt, stirbt auch der Mensch", der einem Indianerhäuptling zugeschrieben wurde, findet sich schon im 19. Jahrhundert in der deutschen Literatur. Die Schädigungen des Wienerwaldes wurden zum besonderen Medienereignis. Alle drei im Gemeinderat vertretenen Parteien waren herausgefordert: Bürgermeister Leopold Gratz wollte den Wienerwald unter Verfassungsschutz stellen, die FPÖ verlangte die Bannlegung des Wienerwaldes, und wir von der ÖVP entwickelten ein eigenes komplexes Wienerwald-Schutzkonzept. Vieles davon wurde verwirklicht. Schließlich wurde der Wienerwald zum Biosphären-Reservat.

Im Sommer 1987 hatte Bundesminister Josef Riegler zwei Dutzend Wissenschaftler eingeladen, um ordnungspolitische Maßnahmen vor einer ökologischen und ökonomischen Katastrophe zu diskutieren und Maßnahmen vorzuschlagen. Ergebnis war die "Alpbacher Deklaration". Sie ist heute noch aktuell, da sie globales und lokales Denken verbindet. Riegler hatte aufgrund seines Wissens und aus seinem Gewissen heraus schon früh den Begriff der "ökosozialen Marktwirtschaft" geprägt. Sie verbindet die Vorstellung einer Marktwirtschaft mit Sozial- und Umweltschutz. Dabei sind in allen drei Bereichen die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft zu berücksichtigen.

Leider hat die ÖVP dieses große Konzept, das später mit einem globalen Marshallplan verbunden wurde, nicht konsequent als ihr Programm weiterverfolgt. Verbunden mit Hans Küngs

"Weltethos" wurde es mir ein Anliegen und in hunderten von Referaten und Diskussionen vorgestellt. Unter den globalen Strategien ist die ökosoziale Marktwirtschaft verbunden mit einem globalen Marschallplan ein Konzept für die Zukunft.

10 Das Herrschaftssystem der Wiener Sozialdemokratie

Beurteilt man den Erfolg einer Partei an den Wahlergebnissen, so ist die Wiener Sozialdemokratie die erfolgreichste Partei der Welt. Wien wurde die Success-Story der Sozialdemokraten. Die Wahl 2020 hat das wieder einmal bestätigt. Die Führung der Sozialdemokraten in Wien wurde ihnen in allen freien Wahlen seit 1919 bestätigt. Das Wählervolk übertrug ihnen immer wieder Vertrauen und Verantwortung. Zur demokratischen Legitimation kam die Legitimation durch Zeit und durch Erfolg.

Eine weltgewandte und weitgereiste Dame sagte einmal zu mir: "Auf dieser Welt gibt es kein Paradies. Aber es gibt ein Vorparadies. Als Roter in Wien geboren zu sein, ein Roter bleiben und als Roter sterben." Als Wiener ist man gegenüber anderen Österreichern privilegiert, als Roter ist man in Wien gegenüber anderen Wienern privilegiert.

Dieses System ist durch Recht gesichert. Wien ist Stadt und Bundesland. Die Landeseigenschaft ist ein besonderer Schutz. Sie umgibt Wien wie eine Stadtmauer und macht unabhängig. Es gibt weniger Kontrolle als bei allen anderen Gemeinden, bei denen das Land kontrolliert. Es gibt aber auch aus einem anderen Grund weniger Kontrolle. Wien ist praktisch ein privates Unternehmen. Über 90 % der Verwaltung spielen sich privatrechtlich ab. Unser Kontrollsystem ist aber überwiegend auf die Hoheitsverwaltung ausgerichtet. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass die meisten Kontrollrechte in der Hand oder auch in der Hand der Mehrheit liegen. # Das Wiener System ist aber auch durch die Medienkonstellation geschützt. Damit meine ich die Abhängigkeit der Medien durch das Annoncen-Geschäft, dessen sich Wien bedient.

Außerdem liegt Wien nach wie vor unter einem "Bundesschleier". Politik wird in Wien vor allem als Bundespolitik, als supranationale und als internationale Politik wahrgenommen. Sie wird auf der Vorderbühne gespielt, die eigentliche Wiener Politik auf der Hinterbühne. Soweit die Medien nicht überhaupt von der Stadt überspielt werden, wie der staatliche Rundfunk, oder von ihr abhängig sind, ist ihr Interesse an der Politik in Wien vor allem auf Bürgermeister und amtsführende Stadträte konzentriert. Der Presse- und Informationsdienst und der ORF Wien dienen vor allem der Selbstdarstellung. Es ist auch in den anderen Bundesländern so. Das ist unsere politische Kultur. Zu ihr gehört auch die gouvernementale Hegemonie, die von der Monarchie her stammt. Die Wiener Stadtverfassung ist eine Schöpfung des großen sozialdemokratischen Verfassungspolitikers Robert Danneberg.

Er hat gewissermaßen an eine ewige rote Mehrheit gedacht und dementsprechend Institutionen und Verfahren gestaltet. Die langjährige ÖVP-Kommunalpolitikerin und Landtagspräsidentin, Maria Hampel-Fuchs, hat ihre Arbeit über das Wiener System mit Recht "ein drittes Modell des Föderalismus in Österreich" genannt.

Nach meiner Erfahrung ist Wien ein Unternehmen, das praktisch der SPÖ gehört. Und viele andere Unternehmen sind auf die Stadt verwiesen und angewiesen. In der Kooperation der Wiener Politik und der Wiener Wirtschaft liegt ein Grund, warum die Wiener ÖVP, deren stärkster Bund der Wirtschaftsbund ist, praktisch nur wenig Opposition sein kann. Die SPÖ selbst ist in der Praxis in vieler Hinsicht konsensorientiert. Ihre Mehrheitsherrschaft drückt sich in den Personal- und Gebührenentscheidungen aus, die Konsensdemokratie in den meisten anderen politischen Entscheidungen. Die der SPÖ nahestehende Bürokratie, die etwa 65.000 Bedienstete ausmacht, ist meist gegenüber allen Gruppen kooperationsbereit.

Aufgrund dieser Konstellation und aufgrund ihrer eigenen Interessenlage kann die ÖVP nach meiner Meinung in Wien nur Kooperation oder Apposition, aber nicht eine harte und konsequente Opposition sein. Sie sollte eine kritische und ideenreiche Kooperation als Programm in Permanenz entwickeln. Denn ihr wichtigster Träger, der Wirtschaftsbund, und ihr kleinster Träger, der Bauernbund, sind durch ihre Interessenlagen auf die Zusammenarbeit mit der Stadt und damit der SPÖ verwiesen und angewiesen. Der Österreichische Arbeiter und Angestelltenbund ist in der Arbeitnehmerschaft Wiens auch als christliche Gewerkschaftler nur eine kleine Minderheit. Ich konnte mehrmals helfen. Aber seine Funktionäre waren mir der Kooperation mit der SPÖ weitgehend zufrieden. Seniorenbund und ÖVP-Jugend gehen meist mit der Führung mit.

Die große Konsenspraxis in Wien hängt auch meist mit der überlangen Vorbereitung und Vorberatung von Entscheidungen durch die Bürokratie zusammen. Sie arbeitet Entwürfe meist konsensorientiert aus. Sie legt Wert auf Akzeptanz. Das bei Amtsentwürfen durchgeführte Begutachtungsverfahren nimmt die verschiedenen Reaktionen vorweg und wird konsensualisiert. Das Verfahren ist langwierig, aber das Konsensziel wird fast immer erreicht. Ich kann der Bürokratie in Wien ein gutes Zeugnis ausstellen. Sie wählte bei den einzelnen Gesetzen die Gesprächspartner, Experten und Organisationen klug aus.

Trotz aller Konsensorientierung auf allen Seiten waren wir unter Busek eine große Alternative. Manchmal war er allerdings selbst von den Ereignissen und den Entscheidungen überrascht,

die er "passieren lassen" musste, weil sie schon "paktiert" waren. Freilich traf er selber Übereinkünfte mit der SPÖ. Das Eingemachte der Wiener Politik ist das Ausgemachte.

Meine Kollegin Dolores Bauer fragte mich wiederholt, was wir als ÖVP-Regierung anders und besser machen würden. Ich zählte ihr einige Punkte auf und brachte sie immerhin zum Lächeln.

Opposition in Wien war Mühsal. Ich will nicht den deutschen sozialistischen Führer Münterfering über Opposition zitieren.

Jedenfalls wurden wir immer wieder daran erinnert, wer die Wahlen gewonnen hatte. Es gibt gewisse Ritualien für die Opposition. Wenn die Regierung etwas Positives beschlossen hat, sagt sie: "Ein erster Schritt" oder "Ein erster Schritt in die richtige Richtung" oder "Ein richtiger Schritt in der richtigen Richtung". Aber Opposition ist mühselig, denn sie hat wenig Information, wenig Geld, wenig Personal, wenig Medien und wenig Öffentlichkeit. Man braucht "Mut zur Wiederholung", muss "Demütigungsrituale" am laufenden Band überstehen und darf nicht in eine "Melancholie der Vergeblichkeit" oder "Apathie der Anpassung" verfallen. Man muss von der "Notwendigkeit des Vergeblichen" überzeugt sein. "Innovation" ist das beste Gegenmittel gegen Frustration in der Opposition. Wenn das Neue dann von der Mehrheit übernommen wird, war man erfolgreich. In der Politik gibt es kein Plagiat.

Wir waren damals sehr grün, so grün, wie es heute nicht einmal die Grünen sind. Wien wurde grün, weil die SPÖ vieles übernahm. Michael Häupl, der mit mir in den Gemeinderat gekommen war, sprach manchmal von einer "Öko-Fraktion". Das war ein Erfolg. Als er Bürgermeister wurde, schrieb ich ihm als Gratulation: "Ökosozialdemokratie!", das ist die große Herausforderung und die große Chance der SPÖ.

Im Übrigen war nicht das wichtig, was ich als Volksvertreter im Rathaus tat, als vielmehr das, was ich außerhalb unternahm. Es gab viele Gespräche, Veranstaltungen, Diskussionen, offene Gemeinderäte, Feste, kurz: Die Leute wurden auf die Straße und in Lokale geholt, in Beisl und Kaffeehäuser, in die Natur, in den Wienerwald, in Gärten und Parkanlagen. Eine neue Gesprächskultur entstand. Andere Schichten als die Stammwähler begannen sich für Politik zu interessieren. Die Zahl der Bürgerinitiativen stieg. Sie verlangte schon nach Koordination. "Pro Wien" organisierte Buchpräsentationen und Lesungen in Kaffeehäusern, an die ich mich besonders gern erinnere. Fast immer brachte ich mich ein. So konnte ich Buseks Buch "Mut zum aufrechten Gang" unter dem Titel "Der Busek und seine Haberer" im Café Sperl präsentieren. Dabei plädierte ich aufgrund der Wiener Verhältnisse auch für "Mut zum hatscherten Gang".

Der Wiener SPÖ-Politiker ist es im Übrigen im Laufe der Jahrzehnte gelungen, die Kooperation über Bereiche der Wirtschaft und Medien hinaus auf Kirchen und Kultur auszudehnen. Ein besonderer Erfolg wurde die Kooperation auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung. Die "Wissenschaftsstadt Wien", von mir von Anfang an vertreten, wurde durch die großartige und einmalige Arbeit des Leiters der Wissenschaftsverwaltung in Wien, Hubert Christian Ehalt, von einem Projekt zum großen Prozess.

Von der Mitte der 1980er-Jahre an, beherrschte ein Duumvirat die Politik in Wien: Zilk als Bürgermeister, Hans Mayr als Partei- und Finanzmann. Zilk war mehr Volkstribun, Mayr mehr Parteimann als Erhard Busek. Zilk war der unruhige Event- und Medienmann vor dem ruhigen Parteimann Mayr im Hintergrund. Was Busek versucht hatte, nämlich sowohl Volk als auch Partei zu führen, gelang dem Duumvirat Zilk/Mayr. Es war eigentlich ein Triumvirat, gegen das Busek kämpfen musste. Denn er hatte auch die "Kronen Zeitung" gegen sich. Gegen das Triumvirat Dichand, Mayr, Zilk, hatte Busek – wie man in Wien sagt – "keinen Auftrag". Zilk war nach den Worten Gerd Bachers der öffentlichste Österreicher.

Er sei der erfolgreichste Selbstverwirklichter gewesen, der ihm untergekommen sei, einer der letzten im Club der geselligen Egomanen. Ich kannte Zilk noch aus meiner Zeit als Präsident der Rektorenkonferenz. Er war damals Kulturstadtrat. Wir diskutierten über die Chancen einer intensiveren Zusammenarbeit der Stadt mit ihren Universitäten. Ihm gefiel der Gedanke, aber er wollte etwas Großes. Das hat er dann mit der Schenkung der Gründe des alten Allgemeinen Krankenhauses an die Universität Wien auch erreicht. Mit dieser Generosität gegenüber der Universität Wien wurde ein erster großer Schritt getan, dem einige große Schritte folgten.

Zilk war kein Mann von Konzepten, sondern von Konkretem. Konkretisierung und Personalisierung der Politik wurden von ihm auf die Spitze getrieben. Er beherrschte das Eventmanagement und die Spektakelpolitik.

Als Bürgermeister, der nach der Verfassung alles und jedes an sich ziehen kann, kümmerte sich Zilk um alles und jedes. So hielt er auch die riesige Verwaltung der Stadt mit ihren 65.000 Bediensteten auf Trab. Er hatte einen sehr persönlichen Arbeitsstil. Sein Engagement für Kleinigkeiten nannte er "exemplarische Verwaltung". Vieles ging ihm im Rathaus zu langsam, er wurde ungeduldig, polterte und wollte oft seinen eigenen Weg gehen, auch im Hinblick auf die Unruhe und den Lärm, "den eine moderne Stadt braucht". So hat er das "Bermuda-Dreieck" und Discos gegen Anrainer verteidigt. Er war Humanist und Populist gleichzeitig. Er grüßte

mit "Grüß Gott!", nicht mit "Freundschaft" oder "Mahlzeit". Seine Begabung für Selbstinszenierung fand er mit Common Sense.

Seine Präsentationskunst bei allen Gelegenheiten zeigte ihn als politischen Showmaster. Bei Ehrungen, Auszeichnungen und Ausstellungseröffnungen hatte er ein einfaches Prinzip: "Was hat der Geehrte oder der Anlass mit mir zu tun?" – Und schon erzählte er ein höchst persönliches Geschichtl, wie er XV kennen und schätzen gelernt hatte. Persönliche und politische Niederlagen meisterte er nicht zuletzt durch die Unterstützung seiner Frau, Dagmar Koller.

Das gilt vor allem für die Zeit nach dem Attentat. Da wurde er ein anderer. Die Weltausstellung "Brücken in die Zukunft" hätte 1995 gemeinsam mit Budapest abgehalten werden sollen. Was aber laut Zilk eine "Weltsensation" gewesen wäre, wurde durch die Entwicklung der Weltpolitik überholt. Die Wiener Bevölkerung erwies sich in der Volksbefragung auf der Höhe der Weltpolitik. Die Niederlage bei der Volksbefragung zur Expo entsprach merkwürdigerweise der Politik der ÖVP, die aber gerade für die Expo eingetreten war.

Jörg Mauthe mochte Zilk nicht. Er sei beherrscht von persönlicher Eitelkeit und Eifersucht. "Er ... will sich keinesfalls irgendwie, irgendwann und irgendwo übergangen fühlen, das ist seine Hauptsorge."

Die Sitzungen des Stadtsenates und der Landesregierung sind nicht öffentlich. Vor den Sitzungen fand der sogenannte "Amtsrat" statt. Da arbeiteten die SPÖ-Regierungsmitglieder und ihre Verwaltungsmandarine die Tagesordnung durch. In den eigentlichen Sitzungen fanden praktisch keine Diskussionen statt. Der Bürgermeister bzw. Landeshauptmann als Vorsitzender begrüßte, eröffnete, sagte die Geschäftszahlen und dann war, wenn sich niemand meldete, die Angelegenheit im Sinne der Vorlage erledigt. Zilk achtete auf Professionalität und Disziplin.

Die Sitzungen verliefen wie automatisiert. Wortmeldungen waren selten. So wurden etwa 200 Tagesordnungspunkte pro Sitzung bewältigt. Die meisten Beschlüsse erfolgten ohne Diskussion einstimmig. Bei formellen Abstimmungen ging es streng nach den Parteigrenzen.

Von den vielen Sitzungen ist mir besonders eine erinnerlich, die am 30. April 1986 stattfand. Sie betraf den Fall Tschernobyl. Die Katastrophe hatte sich am 26. April ereignet. Die Sowjetunion informierte ungenügend. Der Wissensstand in Österreich war gering. Bundesminister Franz Kreuzer war nicht erreichbar. Sollte man den Aufmarsch am 1. Mai absagen? Die ÖVP war dafür, aber die SPÖ überstimmte uns und nach einigen Tagen sagte mir Stadtrat Alois Stacher: "Herr Kollege, es hat geregnet und da ist alles weggewaschen worden, was Probleme

gemacht hätte." Die Angst vor Schädigungen blieb aber noch Jahre lang bestehen. Der Supergau von damals ist vergessen. Vorsorgen für solche Fälle und Vorratswirtschaft wurden aber meines Wissens bis heute nicht getätigt. Die Corona-Jahre haben das bestätigt.

Zilk interessierte sich für meine Studie "Der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien" (Wien 1992) und präsentierte sie bei offiziellen Pressegesprächen des Bürgermeisters mit großem Vergnügen. Das Amt ist ja so einmalig in Österreich, dass man es geradezu als Superanomalie charakterisieren kann. Wien ist das Gegenteil von Gewaltenteilung und im Amt des Bürgermeisters ist dieses Gegenteil auf die Spitze getrieben. Der Bürgermeister hat alle Funktionen eines Staatsoberhauptes, eines Regierungschefs und eines Verwaltungschefs und in Wien oft auch die eines Parteichefs. Was sonst auf mehreren Ebenen aufgeteilt ist, ist hier in Wien zentralisiert. Insbesondere ist der Bürgermeister auch Landeshauptmann und damit Statthalter des Bundes. Aufgrund seiner Notrechte ist er ein konstitutioneller Diktator. Zilk regierte als publizitärer Prinzeps.

Nachdem der Eiserne Vorhang gefallen war intensivierte Zilk die Stadtaußenpolitik. Diese war eine Erfindung Erhard Buseks gewesen, entwickelte sich aber wie die Wissenschaftspolitik erst später konzeptionell und systematisch mit entsprechenden Budgets. Im Übrigen befürchtete Zilk, dass hunderttausende Russen nach Wien kommen könnten – er sprach von 300.000 – aber die Migranten kamen von ganz wo anders her. Der Zerfall Jugoslawiens brachte uns neue Mitbürgerinnen und Mitbürger in großer Zahl. Wien wurde zur „jüngsten“ Stadt Österreichs. Die Pensionspolis wurde Jugendmetropole.

Im Gedenkjahr 1988 war Zilk besonders engagiert, um die seit Kurt Waldheim darniederliegenden israelisch-österreichischen Beziehungen wieder zu "normalisieren". Er flog zum Bürgermeister von Jerusalem Teddy Kollek. Es entstand eine für Zilk typische Männerfreundschaft und in Wien fanden viele Veranstaltungen statt, die zur "Normalisierung" beitrugen. Dafür muss man ihm dankbar sein.

Bürokratie und insbesondere ihr Führungspersonal sind auch in Wien eine intellektuelle Reservearmee. Mit Magistratsdirektor Josef Bandion besprach ich manchmal die besondere Begabung von Wienerinnen und Wienern für die Verwaltung. Wir waren beide schon von Jugend an "Staatsfreunde" im Allgemeinen und "Verwaltungsfreunde" im Besonderen. Er wurde ein mächtiger Verwaltungs-Cäsar, über den Jörg Mauthe philosophierte. In einer Festschrift für Bandion habe ich das Amt beschrieben. Als ich ihn kritisch-ironisch in einem Aufsatz als den mächtigsten Stadt- und Landesmandarin Österreichs beschrieb, lud er mich zum Essen ein und

fragte mich, ob ich diesen Aufsatz über ihn auch in seiner Festschrift abdrucken ließe. Selbstverständlich stimmte ich zu. Leopold Gratz und er verstanden sich gut, aber Helmut Zilk und er verstanden sich wenig.

11 Interviews zu verschiedenen Zeiten

11.1 Welan/Witzmann 20. Mai 2012: „Ganz Österreich eine Bürgermeisterei“

Wie hält man es ein halbes Jahrhundert in der Österreichischen Volkspartei aus? Manfred Welan resümiert über seine Jahre als Politiker, Verfassungsrechtler und Uni-Rektor.

Witzmann: Sie sind Verfassungsrechtler, waren Rektor und Politiker. Welche Profession entsprach Ihnen im Rückblick am meisten?

Welan: Das waren sicher die Rektorate und die Vorbereitungen und Nachfolgefunktionen, also Prorektor und Vizerektor. Weil ich die Universität für Bodenkultur für die zukunftsreichste Universität Österreichs gehalten habe und heute noch halte, weil die Themen, die dort behandelt werden, von globaler Wichtigkeit sind.

Witzmann: Aber die längste Zuordnung gehört doch der Politik. Sie sind vor einem halben Jahrhundert, 1961, der ÖVP beigetreten. Da war noch Julius Raab Bundeskanzler. Die damalige ÖVP ist doch eine andere Partei geworden.

Welan: Nein. Ich bin auch kein Wut- oder Mutbürger geworden. Ich halte die Partei historisch für besonders wichtig, sie hat sich mit der Gesellschaft gewandelt, allerdings sind gewisse Konstanten geblieben, im Organisationsgefüge, aber auch in dem Umstand, dass die Partei nach wie vor die Bürgermeisterpartei Österreichs ist und mehr als die Hälfte aller Gemeinden schwarze Bürgermeister hat. Das hat dazu geführt, dass ich mir gedacht hab', die Begabung für die Bürgermeisterei – und ich sehe in gewisser Hinsicht ganz Österreich als Bürgermeisterei – ist bei der ÖVP besonders stark.

Witzmann: Ist das jetzt positiv gemeint oder ist das etwas ironisch mit der Bürgermeisterei?

Welan: Es meint, dass die Politiker in Österreich sehr gut geeignet sind als Bürgermeister, dass dann diese Begabung für die Politik etwas abnimmt und, glaube ich, an der Spitze am wenigsten vorhanden ist. Das dürfte damit zusammenhängen, dass der Bürgermeister für alles zuständig ist, aber natürlich nicht mit dieser Notwendigkeit der Konsequenz, in bestimmte Richtungen zu gehen.

Witzmann: 1961 war die ÖVP noch die Bundeskanzlerpartei, damals hat man sich kaum etwas anderes vorstellen können. Davon ist die ÖVP heute weit entfernt.

Welan: Ich glaube, dass diese Partei immer gesucht hat nach ihrer Ausrichtung, soll sie christlich, sozial, konservativ, liberal, dann später grün sein. Und wirklich ganz klar ist das nie ausgesprochen worden, außer in den Programmen. Aber die Frage ist nach wie vor: Was vertritt die Österreichische Volkspartei? Deswegen ist der Name so schön, Österreich war ein Programm, vor allem unter Raab und Figl mit seinem Appell „glaubt an dieses Österreich“, und Volk war damals auch etwas anderes.

Witzmann: Und wen vertritt die ÖVP heute wirklich?

Welan: Ja, das muss man immer fragen. Das habe ich oft die Obmänner gefragt, und es gab meistens ein Lächeln als Antwort. Die einzige Antwort hat meines Erachtens seinerzeit Busek gegeben: Die ÖVP als moderne Stadtpartei unter Beachtung des Christlichsozialen und städtisch Konservativen.

Witzmann: *Welches Stadium in der ÖVP-Geschichte hat Ihnen am besten zugesagt?*

Welan: Natürlich die Busek-Zeit in Wien, weil sie auch meine Hoch-Zeit war, was Ideen, was Initiativen und vor allem auch, was Kontakte mit der Bevölkerung betroffen hat.

Witzmann: *Busek hatte das Schlagwort der bunten Vögel, also waren Sie ein bunter Vogel.*

Welan: Ich wurde so in den Medien geführt, und wir wurden im Café Hawelka auch so vorgestellt, damals hat der Oskar Werner gefragt, wer denn da komme. Da habe ich gesagt „Busek und seine Haberer“, und da hat er geantwortet „Busek ist gut, den brauch ma in Wien.“

Witzmann: *Und dennoch hat sich gezeigt, dass die Buseksche Aufbruchstimmung allein auch noch kein Programm ist.*

Welan: Wir waren damals eine Umweltpartei, und es war die Überlegung, ob wir nicht eine liberal ausgerichtete, aber grundlegend mit christlichen Grundsätzen verbundene ökologische Partei sein sollten. Man konnte viel in Bewegung setzen, es gab Kontakte mit Bürgerinitiativen.

Witzmann: *Sie waren in der ÖVP Wien aktiv, heute ist diese Stadtpartei eine Ernüchterung.*

Welan: Sie ist eine Ernüchterung, aber man soll der neuen Führung die Chance lassen, als Kleinpartei sich einmal zu profilieren, um dann zu sehen, wie es weitergeht. Ein strukturelles Problem, das ich in der praktischen Politik erlebt habe, ist die Tatsache, dass die Wirtschaft durch den Wirtschaftsbund – der stärkste Bund in der ÖVP Wien – sich gleichzeitig in einer vernünftigen ständigen Kooperation mit der Stadt befindet.

Witzmann: *Das geht bis zur Verhaberung.*

Welan: Ja, das geht noch weit darüber hinaus, auch mit der SPÖ. Das hat oft dazu geführt, dass Busek selber nicht wusste, was schon alles paktiert war. Heute kann es für die ÖVP nur eine konstruktive Opposition geben. Nie eine große Opposition. Das heißt, vernünftige Ideen geben, der einzige ÖVP-Stadtrat gibt Ratschläge.

Witzmann: *Kann es realistischerweise mit der ÖVP wieder besser werden?*

Welan: Ja, das kann immer sein, es gibt ja das Sprichwort „die Stimmen liegen auf der Straße“, und es besteht nicht mehr die Parteibindung wie früher, Zufälligkeiten und bestimmte Themen und Personen können manches ändern. Aber mich überrascht immer die starke Stabilität, die in Österreich trotz allem besteht: die drei Lager plus Grün. Ich habe einmal zu Busek gesagt: „Kränke dich nicht, es wird uns immer geben.“ Darauf er: „Ja,

aber das ist zu wenig." Insofern wird die ÖVP möglicherweise als drittstärkste Partei sozusagen die Entscheidungsaufgabe haben, mit welcher anderen Partei sie die Regierungsbildung macht.

Witzmann: *Themenwechsel: Wir erleben heute, dass nahezu jedes wichtige Gesetz verfassungsmäßig im Streit steht und Verfassungsexperten als Schiedsrichter angerufen werden. Was ist da passiert?*

Welan: Erstens einmal die Modernisierung der Gesetzgebung, und ich bin der Meinung, dass es in der Zukunft noch mehr Gesetze und Rechtsvorschriften geben wird. Der Verfassungsgerichtshof ist durch die Politisierung aller Lebensbereiche und die Vermassung der Gesetzgebung natürlich viel wichtiger geworden und wird daher immer wieder als Schiedsrichter angerufen. Dass Gutachten geschrieben werden, die unterschiedlich sind, ergibt sich aus der Natur der Sache. Es ist bei unserer Verfassung, die aus mehreren Schichten besteht und sehr heterogen zusammengesetzt ist, besonders herausfordernd, unterschiedliche Gründe zu finden.

Witzmann: *Könnte es auch sein, dass zu viele Gesetze zu schnell produziert werden?*

Welan: Das ist sicher richtig. Wir haben heuer 200 Jahre seit Inkrafttreten des ABGB. An diesem Gesetz wurde jahrzehntelang gearbeitet, es wurde zuvor noch als westgalizisches Gesetz in Kraft gesetzt – was man jetzt im Burgenland machen könnte bei Bundesgesetzen. Es gab dann hervorragende Endredakteure, die auch sprachlich eine gute Form gefunden haben. So viel Zeit hat man heute nicht, daher sind die Gesetze fast so wie früher Erlässe oder Verordnungen. Die armen Parlamentarier sind überfordert, mit dieser Masse zurechtzukommen. Dazu kommt, dass der Parlamentarismus in Österreich nicht so stark in den Medien und in der Öffentlichkeit verankert ist wie die Regierung. Wir haben eine gewisse Hegemonie der Regierung. Daher ist die Frage, ob man nicht schon die Ausschüsse als Gesetzesorgan einsetzen könnte, dort sitzen auch die Abgeordneten, die die Materie kennen.

Witzmann: *Zu ihrem Uni-Standbein: Schon in den 1960er-Jahren gab es den Aufschrei der Rektoren, dass die Matura nichts mehr wert sei.*

Welan: Ich habe sogar für die Abschaffung der Matura plädiert, damals mit den sozialistischen Studenten gemeinsam. Meine Idee war, dass ab der 6. Klasse des Gymnasiums die Leute schon wissen sollen, was sie studieren, und dann "Studentenschüler" werden. Das heißt: Mit der Uni, an der die Schüler studieren wollen, Kontakt aufzunehmen und dann die Matura anders zusammensetzen. Damit wäre die Studieneingangsphase sozusagen ins Gymnasium gesetzt. Die Matura wird mit Zähnen und Klauen von manchen verteidigt, aber wenn man die Statistiken anschaut, dann kommen ohnedies 80, 90 Prozent durch. Der Wert der Matura ist als Vorbereitung für die Uni fraglich.

Witzmann: *Die Universitäten schreien nach einem Mehr an Geld. Ist aber nicht auch ein Mehr an Fantasie seitens der Universitäten gefordert?*

Welan: Das würde ich hundertprozentig bejahen, und ich unterstütze Töchterle, den ich für einen sehr guten Wissenschaftsminister halte. Mit dem Eintreten für die Autonomie meint Töchterle auch, dass man aus der Autonomie mehr als bisher machen soll. Dass die Universitäten also bei ihrer Struktur, der Organisation der Lehre, den Prüfungen ansetzen. Man macht das ja alles, aber es ist nicht systematisch und konsequent.

Witzmann: *Herr Welan, darf man Sie auch fragen ...*

1 ... ob Sie heute noch einmal bei einer Partei, etwa wie 1961 bei der ÖVP, einsteigen würden?

Welan: Das kann ich nicht beantworten, ich bin ja nicht mehr so jung wie 1961. Damals haben uns die Universitätslehrer sogar aufgefordert, in einer Partei mitzuarbeiten.

2 ... ob es einen Politiker in der Zweiten Republik gibt, den Sie besonders hochhalten?

Welan: Sicherlich Leopold Figl, dann Julius Raab und Bruno Kreisky. Ich habe von Kreisky gelernt, dass viele von ihm gelernt haben.

3 ... ob Sie ein anderer Beruf als Uni-Professor oder Politiker besonders reizen würde?

Welan: Verleger oder Chefredakteur hätte mich auch interessiert - aber das lernt man nicht, das muss man werden.

11.2 Welan/Noll 20. Juni 2012:

Überall wird nun von "direkter Demokratie" gesprochen. Haben wir nicht seit 1955 jede Freiheit gehabt, Österreich ganz demokratisch zu gestalten?

Jahrzehntlang habe ich "mehr direkte Demokratie" gefordert, und jetzt fordern's fast alle. Ist das ein Fortschritt? Oder ist es ein Anlass zum Misstrauen? Sicher: Es gibt mehr Möglichkeiten des Mitredens als früher, und zwar auf allen Ebenen. Darüber muss aufgeklärt werden. Auf Gemeindeebene und auch in den anderen Selbstverwaltungen wäre mehr direkte Demokratie sicher zweckmäßig, auf Landes- und Bundesebene wären Erleichterungen der bestehenden Möglichkeiten des Mitredens möglich.

Haben wir Möglichkeiten der Demokratisierung versäumt?

Das muss man wohl so sagen. Die Politik hinkt der Gesellschaft nach, die Gesellschaft ist schon weiter, daher kommen die diversen Forderungen. Demokratie ist nichts, was fix und fertig ist, sie ist kein Stillstand und kein Zustand, sondern ein Prozess – jedenfalls sollte es so sein.

Woher kommt denn der Gegensatz von Parlament und Volk? Wird das Volk nicht vom Parlament vertreten?

Es gibt Fiktionen und Friktionen der Demokratie, daher keine Illusion, aber auch keine Resignation. Der Parlamentarismus ist das Beste an der Demokratie, aber er ist ständig zu verbessern: durch Verbesserung der Parlamentarier, durch mehr Qualität der Kandidaten, durch bessere Auswahl, durch mehr Schulung und Weiterbildung der Abgeordneten. Das

alles braucht keine Vorschriften, sondern Vorbilder - und vor allem mehr Arbeit, Vorarbeit und Vorberatung.

Wird schon alles besser, wenn nur unsere Abgeordneten gescheiter werden?

Muss nicht die Gesellschaft selbst sich ändern?

Die Gesellschaft hat sich ja geändert. Aber sie ist zu sehr Privatgesellschaft (und Spaßgesellschaft), noch zu wenig Zivilgesellschaft, zu sehr Bourgeois, zu wenig Citoyen.

Wozu brauchen wir denn die Demokratie? Wäre nicht ein aufgeklärter Monarch viel bequemer für uns alle?

Demokratie ist die Alternative zum Absolutismus und Totalitarismus. Niemand hat absolut und total Recht, daher müssen alle miteinander reden können. Demokratie ermöglicht die friedliche Änderung der Gesellschaft durch Gespräch und ohne Gewalt. Das demokratische Postulat ist einfach: Du sollst über den anderen nicht herrschen, sondern mit ihm reden. Freiheit und Gleichheit sind zu wenig. Es bedarf der Brüderlichkeit, der Geschwisterlichkeit, es bedarf des menschlichen Umgangs, des guten Umgangs mit der Natur ... Seit 1811 heißt es im § 16 ABGB: "Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte und ist als eine Person zu betrachten." Man muss das zeitgemäß denken, und Ökologie und Demokratie gehören deshalb zusammen. Wir sind "Leben, das leben will" inmitten von "Leben, das leben will". Das geht nur, wenn man politische und ökologische Vernunft zusammendenkt.

Reicht die Verfassung als Grundlage? Was unterscheidet die Demokratie von der demokratischen Kultur?

Institutionen sind leicht beschlossen, demokratische Kultur ist schwer zu lernen. Institutionen kann man beschließen, Kultur muss man lernen.

Wo aber können wir heute noch lernen? Es ist doch eher so, dass an allen Orten das Lernen unmöglich gemacht wird.

Zugegeben, es gibt mehr Wege und Orte der Verdummung als der Aufklärung; deshalb aber werden gute Lehrer immer wichtiger.

Sie haben sich jahrelang kritisch mit dem Amt des Bundespräsidenten beschäftigt. Sollen wir den "Ersatzkaiser" abschaffen?

Wenn wir das System Schweiz wählten, dann bräuchten wir den Bundespräsidenten nicht, wenn wir aber so wählen, wie wir wählen, dann brauchen wir ihn schon. Mein Buch "Der Bundespräsident - kein Kaiser in der Republik" meinte damals sicher auch: "kein Bundespräsident", zumindest nicht in der bisherigen Form, und es zeigte Alternativen auf. Die Schweiz mit ihrer Konkordanz und der "Zauberformel" ist sicher eine Alternative. Aber alle 27 EU-Mitglieder und die Beitrittskandidaten haben eine zweigeteilte Exekutive so wie wir in Österreich: Staatsoberhaupt und Regierungschef. Das ist zwar kein Argument, aber eine Tatsache. Und von dieser Tatsache werden wir uns nicht lösen können.

Ist es dann also doch die normative Kraft des Faktischen, die unsere Welt beherrscht?

Die Wahrheit liegt nur scheinbar in den Tatsachen. Vieles muss immer wieder und immer neu infrage gestellt werden. Demokratie besteht ja auch darin, immer wieder vieles infrage zu stellen. Aber die Politik muss entscheiden.

Was sollen, was können wir ändern?

Am leichtesten kann man sich selber ändern, bei anderen ist's schon schwieriger. Institutionenreformen sind leichter als Mentalitätsreformen, Bildungsreform, Verfassungs- und Verwaltungsreform sind leichter als der Abbau der Xenophobie und das Jasagen aller zu Europa und zum Europäertum. Daher soll das Ausländerwahlrecht als Europawahlrecht und als Menschenrecht angegangen werden.

11.3 Manfred Welan über Sebastian Kurz: „Sphinx ohne Geheimnis“
Interview mit Wolfgang Machreich (Furche, 22. April 2021)

Der ÖVP-Parteisekretär staunte: Bei seinem Parteieintritt 1961 wollte Manfred Welan keine Wohnung, keine Pragmatisierung, sondern "nur mitarbeiten". Seinen eigenen Zugang zur Volkspartei hat sich der spätere Boku-Rektor, Stadtpolitiker und Rechtswissenschaftler bis zum diamantenen Jubiläum bewahrt.

Furche (F): Herr Professor Welan, wie oft haben Sie in den vergangenen 60 Jahren überlegt, aus der ÖVP auszutreten?

Welan (W): Nie! Das ist bei mir mit der Partei genauso wie mit der Kirche. In meiner Familie ist außer mir niemand dabei, aber ich habe da eine gewisse Anhänglichkeit.

F: Wie geht sich das mit Ihrem Freundeskreis aus? Zu dem gehört das Who's who des liberalen Österreichs. In einer Welan-Festschrift werden Sie als einer "der wenigen Liberalen dieses Landes" bezeichnet.

W: "Leben und leben lassen" und "Durch's Reden kommen'd Leut z'amm" – beides hat mich mein Vater, ein ÖVP-Funktionär, gelehrt. Das war für mich immer selbstverständlich. Und ich war immer neugierig auf diejenigen, die anderer Auffassung sind, und habe mit denen immer gerne gesprochen. Deswegen ist auch der Heinz Fischer seit langem mein Freund, obwohl ich als Rektor viele Konflikte mit ihm hatte. An unserer Freundschaft hat das nichts geändert.

F: Wird politisches "Leben und leben lassen" heute weniger gelebt – siehe aktuelles Beispiel: Rücktritt von Gesundheitsminister Anschöber?

W: Die Begegnungsformen sind rauer und infantiler zugleich geworden. Diese SMS-Nachrichten und diese komischen Anrufe wechselseitig hat es ja früher nicht gegeben. Auch diese Deutlichkeit, die man dabei an den Tag legt, gab es nicht. Man hatte früher mehr Distanz, auch mit Leuten, die man gern hatte. Man war irgendwie gehemmter oder beherrschter, ganz selten, dass man Dinge ganz deutlich gesagt hat. In der Politik hat man

sich früher so verständigt wie in der Diplomatie, so a la Ingeborg Bachmann: "Abstand ist Anstand."

F: Und auch im kleinen Kreis ist man nie direkter, derber geworden?

W: Nein, man hat viel mehr Wert auf die Formen gelegt. So wie es beim Herrn Karl heißt: "Des warn Herren! Herren und Formen!" Dieser raue Ton, den man unter den Titeln Amerikanisierung, Demokratisierung und Infantilisierung abhandelt, ist wirklich neu und überrascht mich.

F: Die ÖVP heißt ja jetzt auch Neue Volkspartei – was ist neben den "Herren und Formen" neu geworden?

W: Die Farbe ist neu, ich habe mich gewundert, was alles türkis wurde. Wenn man zB in die Politische Akademie geht, ist alles türkis. Das hat sich durchgesetzt.

F: Sie waren in den 1980er Jahren selbst einer der "bunten Vögel" in der Wiener ÖVP - war Türkis in der Farbpalette damals schon dabei?

W: Nein, überhaupt nicht. Man hat im Gegenteil gewusst: Man kann als Schwarzer noch so liberal sein, man wird von den politischen Gegnern trotzdem immer ganz stur in den katholischen schwarzen Sack gesteckt.

F: In der katholischen Kirche haben einige Chats zwischen Bundeskanzler Kurz und ÖBAG-Vorstand Schmid zu Verstimmungen geführt – ursprünglicher Anlass für die Kirchenchats war die Kritik der Kirche an der VP-Flüchtlingspolitik. Ist diese Kritik berechtigt?

W: Da bin ich auch in dieser Gefangenschaft zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Gesinnungsethiker sind meistens Laien, die von der Praxis relativ wenig Ahnung haben, die Praktiker sind wieder zu stark Verantwortungsethiker. Ich hätte mir jedoch einige symbolische Aktionen erwartet, aber die sind nicht gekommen.

F: Zu Weihnachten keine Kinder aus griechischen Flüchtlingslagern aufnehmen - ist das keine symbolische Aktion für bestimmte Wählergruppen?

W: Da haben Sie schon recht, deswegen ist es ja so gewesen. Trotzdem muss es auch ein gewisses Zuckerbrot für die braven Leute in der Partei geben.

F: Kann man die Parteigänger der alten und der neuen Volkspartei noch vergleichen?

W: Nein, das glaube ich nicht. Damals waren die Leute – auch im Auftreten – viel bescheidener. Es gab auch ärmere Menschen dabei. Was mich auch sehr betroffen machte, waren die einzelnen Streitereien zwischen den Gruppen innerhalb der ÖVP – von denen hört man jetzt gar nichts.

F: Stimmt, die Disziplin ist enorm, die Bünde, die Länder, alle sind auf Linie gebracht. Kein Vergleich zur alten ÖVP. Auch seinen Schwenk in der EU-Politik haben alle bis auf Othmar Karas mitvollzogen – wie schafft das Sebastian Kurz?

W: Ja, wir waren immer für die Westanbindung und für den Beitritt zu EWG und später zur EU. Aber Kurz hat weniger Vorurteile, was Koalitionen betrifft. Wenn er mit den einen nicht kann, dann kann er mit allen anderen. Das ist sein machiavellistischer Vorteil. Österreich fällt in den westlichen Medien nur auf, wenn wir rechts sind, oder russisch und den bösen Buben spielen. Wenn man nicht den bösen Buben spielt, ist man ein Tschapperl. So wird Kurz ernster genommen, als wenn er nur das macht, was die Merkel sagt.

F: Aber ist es eine kluge EU-Strategie, der böse Bube zu sein? Mehr Impfstoff kriegen wir damit auch nicht ...

W: Man ist ja immer neugierig, was er als Nächstes macht. Was Oscar Wilde über die Frauen sagt, trifft ja auch ein bissl auf Kurz zu: eine Sphinx ohne Geheimnis.

F: Wie meinen Sie das? Die Wilde-Erzählung dieses Titels suggeriert ja, dass Frauen eben kein Geheimnis haben ...

W: Ich habe zwei Wörter, um mir Kurz selber zu erklären. Das eine ist französisch: la desinvolture – Ungeniertheit. Und das zweite ist Resilienz – Widerstandsfähigkeit. Diese beiden Begriffe charakterisieren ihn für mich. Unvollständig natürlich, aber das Schwierige ist: Kurz ist jetzt schon jemand, der eine Vergangenheit hat, aber in einem Alter, in dem man noch Zukunft hat.

F: Sein Naheverhältnis zum israelischen Premier Netanjahu hat mich einmal auf den Gedanken gebracht, dass Sebastian Kurz eine Art "Likudisierung" der ÖVP vorantreibt – nach innen geschlossen, nach außen ohne Scheuklappen zu Koalitionen mit allen offen.

W: Die Nähe zu Israel war bei den schwarzen Diplomaten immer schon drinnen. Das geht ja auch ein wenig gegen die Sozialdemokratie, die immer gern die Palästinenser favorisierte. Was Sie über Koalitionen sagen, da ist Netanjahu sein Vorbild. So viele Vorbilder hat Kurz ja auch nicht. Und er weiß, da wird nicht sehr große Kritik geübt, wenn er sich den Ministerpräsidenten von Israel zum Vorbild nimmt. Kurz hat auch Glück, dass bis 2024, wenn nicht noch etwas passiert, keine Wahl stattfindet. Er hat tatsächlich noch drei volle Jahre, da kann er noch viel machen.

F: Sie meinen, dann werden die Chats und der eine oder andere Corona-Murks vergessen sein ...

W: Interessant wird sein, ob die Unterstellungen im Umgang mit seinen privaten Dingen weitergehen. Vor allem die Journalisten erwarten ja immer ein Outing in irgendeiner Hinsicht, auch im sexuellen und erotischen Bereich. Die Frage ist, ob sich das fortsetzt oder ob das zurückgeht. Ich glaube, es geht eher zurück.

F: Definitiv zurückgegangen ist das Vertrauen in die Justiz. Sie haben Ihre Berufskarriere im Verfassungsgerichtshof begonnen, verfolgen die Aufs und Abs der Gerichtsbarkeit seither – sehen Sie die Justiz in Gefahr?

W: Da teile ich die Meinung des Bundespräsidenten. Ich glaube nicht, dass die Justiz in Gefahr ist.

12 Ein langer Blick zurück ohne Zorn und ein Ausblick mit Hoffnung

Text korrigierter Ausdruck:

Die ÖVP mit ihrem großen Ö war für mich schon als Schüler die Österreichspartei schlechthin. Später fand ich es gut, wie sie alle Bundesländer im lebendigen Föderalismus integrierte und die Menschen zu einem vernünftigen Patriotismus motivierte. Schließlich gefiel mir auch ihr Selbstverständnis als soziale Integrationspartei.

Bald nachdem ich in die ÖVP eingetreten war, wurde für mich das Prinzip: „Rechts stehen, links denken!“ maßgebend. Rechts, das war für mich das Eintreten für den Rechtsstaat, aber auch der Katholizismus. Josef Klaus hat beides für mich vorbildhaft verkörpert und verwirklicht. Links bedeutete für mich marxistisch zu denken, ohne Marxist zu sein. Dazu gehörte für mich immer ein geschichtliches und gesellschaftliches Erfassen der Wirklichkeit. Meinen Studierenden habe ich später dazu das Schlagwort geliefert: „Sehen, was ist!“ und zwar aufgrund der Entwicklung der Geschichte und durch den Vergleich mit anderen Gesellschaften. Das Fahnenwort von Josef Klaus war der demokratische Rechtsstaat, das von Kreisky Demokratisierung. Diese Fahnenwörter übernahm ich, den eher konservierenden Rechtsstaat und die dynamische in die Zukunft weisende Demokratisierung.

„Leben und leben lassen!“, das gab mir mein Vater mit. Er eröffnete mir auch Wege zur Natur: Berge, Bäume, Büsche, Bäche, Blumen... Der Naturkontakt war für ihn wichtiger als der Kontakt zu Büchern und Bildern, zu denen mich meine Mutter führte. Mit dem Natur- und Kulturkontakt war ich wieder bei Österreich und der ÖVP.

Zum „Leben und leben lassen“ gehört auch der Kompromiss. Wir müssen uns als Gesellschaftswesen ertragen und vertragen. Wir müssen zusammenleben und zusammenhalten. Wir müssen miteinander reden. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas hat von der kommunikativen Rationalität gesprochen und die Theorie des kommunikativen Handelns entworfen. Mein Vater machte mich früh darauf aufmerksam, dass man mit jedem Menschen reden können muss: „Durch's Reden kommen'd Leut z'amm!“ So entstehen und bestehen Versprechen, Verträge, Sätze und Gesetze. Eine Einheit des Volkes gibt es ja nicht in der Wirklichkeit. Volk, das ist ein Bündel von unterschiedlichen Eigenschaften und Herkünften. Eine Einheit ist es nur in der Einheit der Rechtsordnung, das hat Kelsen klar erkannt, von dem ich viel lernte.

„Rechts“ wurde nach und nach „rechter“, autoritärer, „diktatorer“ in der Bedeutung. Daher wurde „die Mitte“ für mich richtig. Aber „Mitte stehen, links denken!“ klingt nicht so schön

wie „rechts stehen und links denken“. Daher wurde „Mitte und Maß“ das Richtige und Wichtige und ist es geblieben: „Aus der Mitte, für die Mitte.“ Ich erinnere mich wie von Zeit zu Zeit nach der „neuen Mitte“ gesucht wurde und wird. Und dann war sie auf einmal da. „Mitte und Maß“ hatte ich auch von meinem Lehrer und Freund Rene Marcic, der mich auch zu meiner „Nation Österreich“ in den von ihm geführten „Salzburger Nachrichten“ motiviert hat. Von ihm habe ich auch den Vor-Satz: „Du sollst über deinen Nächsten nicht herrschen.“ – „Freude am anders sein des Anderen“ habe ich von Friedrich Heer. „Freiheit ist der Inbegriff menschlicher Kultur“ von Sepp Wille übernommen. Das „Prinzip Verantwortung“, das nicht nur die Freiheit tragen, sondern darüber hinaus gehen muss, verdanke ich Hans Jonas.

Ernst Friedrich Schumachers „small is beautiful“ führte mich zu Leopold Kohr. Seit eh und je war ich gegen: „bigger is better“. Dieser Sager distanzierte mich von den USA. „Small is beautiful“ entspricht eher dem österreichischen Denken und Fühlen. Wir lieben das Kleine und Verkleinerte. Das „Bißer!“!

Ein ganz wichtiger Sager war für mich ein Thema im Gymnasium: „Von der Erziehung zur Selbsterziehung!“ In den frühen 1950er-Jahren kam Gerrett Davis nach Wien, der sich Weltbürger Nr. 1 nannte. Ich wollte auch so ein Weltbürger mit Nummer sein. In der Bildung bin ich für die Selbsterziehung einer differenzierten Identität, vom Ort und der Gemeinde, in der man aufgewachsen ist, über die Region, das Land, die Republik Österreich, Europa und EU und schließlich zur UNO und zur Weltordnung. Nur so kommt man zu den vielen Vergleichsmöglichkeiten, die einem ein Urteil über die Verhältnisse und insbesondere über Kunstwerke ermöglichen. Mit dieser Sichtweise kann man umso besser lokal handeln: „Global denken, lokal handeln!“. Ansonsten verfällt man allzu leicht einem Provinzialismus, Nationalismus und Souveränismus, wie das heute heißt.

Dag Hammarskjöld wurde mein Vorbild, an ihn reicht niemand heran.

Ich arbeitete an mehreren Parteiprogrammen mit. Am Salzburger Programm (1972) gefiel mir alles: Personalität, Partnerschaft, Partizipation, Patriotismus – meine Elemente mit P. – Subsidiarität, Sozialgesinnung und Solidarität – meine Elemente mit S. Das umfassende Gliederungsprinzip, das für die kleinen und überschaubaren Einheiten Freiräume und Autonomie verlangt und als Gegenbewegung zur Zentralisierung und Konzentration wirken soll, ist für mich wichtig, weil damit Politik vom gesellschaftlichen und vom „kleinen“ Bereich ausgeht.

Wurden immer alle Grundsätze eingehalten? Praktische Politik verlangt Realismus und Pragmatismus, manchmal Opportunismus. Da die ÖVP immer auf bestimmten Ebenen und Bereichen regiert hat, hat sie die Grundsätze nicht immer konsequent und überall eingehalten. Für viele ist sie zu wenig christlich, für nicht so viele zu wenig liberal, zu wenig konservativ, zu wenig bürgerlich, für noch weniger zu wenig modern, für manche zu wenig neutral nach dem Muster der Schweiz. Für viele zu wenig durchschlagskräftig gegenüber der SPÖ, zu wenig kritisch gegenüber der FPÖ. Nach meiner Erfahrung gibt es wohl keine Partei, in der die eigenen Leute so viel kritisieren, wie in der ÖVP und sie trotzdem treu wählen.

Schon seit langem bin ich der Überzeugung, dass das beste Programm, die von Josef Riegler konzipierte ökosoziale Marktwirtschaft ist. Im ökosozialen Denken und Handeln sind alle Prinzipien der ÖVP enthalten. Deshalb wurde ich jahrelang eine Art Herold der ökosozialen Marktwirtschaft.

Was ist ihr Wesenskern? Es ist das „Magische Dreieck“ von leistungsfähiger Marktwirtschaft, sozialer Fairness und Solidarität und ökologischer Verantwortung für die Zukunft, aufbauend auf einem ethischen Fundament als Kompass für menschliches Verhalten. Das ist Josef Riegler „pur“. Lasst den Markt die Umwelt schützen, das war das Neue und blieb ein Herzstück der ökosozialen Marktwirtschaft. Josef Rieglers globales Programm der ökosozialen Marktwirtschaft gab meiner Parteigesinnung einen energischen Schub.

Zukunfts- und Friedensfähigkeit sind die zwei großen Herausforderungen für die Menschheit. In der Agenda 2030 setzt sich die Welt 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Sie werden in 169 Unterzielen konkretisiert. Viele davon werden in Forschung und Lehre von der Universität für Bodenkultur in Wien bearbeitet. Sie ist die Universität der Zukunft. Der UNO-Klimarat IPCC und der UNO-Biodiversitätsrat IPBES schlossen sich 2020 zusammen. Es galt die Maßnahmen aufeinander abzustimmen, um Widersprüche zu vermeiden.

Die Verjüngung und Modernisierung der Partei durch Sebastian Kurz und die neue Farbe habe ich als Alter gerne erlebt, nachdem Wolfgang Schüssel schon einen gewissen Rechtsruck der Partei herbeigeführt hat. Manche gingen schon bei ihm nicht mehr mit, so meine Freundin Dr. Eva Petrik. Beim weiteren Rechtsruck durch Kurz traten dann merkwürdigerweise weniger aus, als ich gedacht hätte.

Die andere neue Partei, die Neos, sind für mich eine spezielle Weiterentwicklung der ÖVP zu einer liberalen neuen Bürgerlichkeit. Sie schienen mir aber abgehobener und distanzierter zu

sein, als die ÖVP-Gemeinschaft, die ich seit eh und je kannte und in der ich mich wohlfühle. Leider wurde von der ÖVP nicht versucht, sie wieder einzugemeinden. Aber es gelang Kurz, die FPÖ auszugemeinden und mit den Grünen zu koalieren. Da ich unter Grünen viele Freunde habe, war ich voll und ganz mit dieser Koalition einverstanden. Aber manches „Neos“ fehlt der ÖVB und damit meine ich vor allem den Bildungsbereich und den Rechtsstaat als Wert und Wirklichkeit.

Die neue Volkspartei, die nicht mehr schwarz, sondern türkis ist, was sich in allen Details erkennen lässt, hat Kurz in mehreren Wahlen erfolgreich geführt und viele sehen in ihm den geeigneten Mann, um auch in der EU eine besondere Bedeutung zu haben. Der Historiker Toni Judt sagte einmal, dass Österreich nicht mehr sei, als ein kleines stabiles unbedeutendes Land in Europa. Verglichen mit anderen in der EU sind wir aber gar nicht so klein und wir bringen zumindest im eigenen Bewusstsein auch immer unsere große Geschichte mit. Aber ein Postimperialismus ist ein falsches Bewusstsein. Wir müssen uns in Acht nehmen, nicht die Österreicher zu werden, als die wir in Dichtungen von Thomas Bernhard, Elfriede Jelinek und Marlene Streeruwitz gezeichnet werden.

Ich wurde mehrmals gefragt, wie weit Kurz gehen könne und ich ihn noch begleiten würde. Ich habe darauf nie geantwortet, weil ich von einigen Einzelheiten abgesehen, durchaus meine Zustimmung geben konnte. Ich lasse mir eben mehr gefallen, auch wenn es mir weniger gefällt.

Aber wo ist die Grenze?

Als ich ihn kennenlernte schien er mir arglos, offen und unbefangen, ungeniert und so jung! Heute kann ich ihn mit Desinvolture charakterisieren. Er hat eine besondere Resilienz und er ist diesbezüglich wie bei der Desinvoltura Meister. Er ist ein ausgezeichneter Redner, der sich nie verspricht, wenn er spricht.

Die ÖVP hat Zukunft, weil sie eine gute Herkunft hat. Sie steht auf gutem Boden. Das große Ö, Patriotismus, Patria, Vaterland, Heimat... auf den Spuren Figls, Raabs und Hurdes weitergehen und im Sinne Mocks und Buseks Europapartei mit Profil sein.

Diesen Boden gilt es zu hegen und zu pflegen. Familie, Eigentum, Lokale und Lokales, Gemeinde, Kirche, Religion, Heimat, Land, dort, wo man zuhause ist, sich wohl fühlt, spricht wie einem der Schnabel gewachsen ist, die alten Kinder- und Volkslieder singt, das kann unsere Volksschule der Demokratie sein. Hier in der Nachbarschaft macht Bildung durch Ökologie Sinn. Heimatkunde war unser liebster Gegenstand in der Schule. Ihn muss es weiter geben.

Auf dieser „Bodenkultur“ gedeihen der demokratische Rechtsstaat wie ihn Bundeskanzler Klaus propagierte und liberales Denken, leben und leben lassen, Offenheit für das Neue und Andere.

Menschenrechte! §16 ABGB 1811: „Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte und ist daher als Person zu betrachten.“ – ist leider noch nicht in jeder Schul- und Gemeindestube zu lesen. Das Porträt des jeweiligen Bundespräsidenten ist zu wenig.

Österreich lebt in seinen Ländern und ruht in seinen Gemeinden. Aus und auf dem Eigentum entwickeln sich Familien, Generationen, Vereine, Nachbarschaft und Gemeinsamkeit. Hier entwickelt sich Neues im Kleinen und durch Markt und Wettbewerb im Großen. Jeder Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren. Unternehmerische Haltung im Kleinen und unternehmerisches Handeln im Großen führt zum Problemlösen, das uns Karl Popper als den Sinn des Lebens vorgegeben hat.

Mehr Wettbewerb und mehr Entdeckungsverfahren stünden der ÖVP wohl an! Denn sie neigt, für die Menge gesprochen, zum Strukturkonservatismus und begründet dies dann oft mit Wertekonservatismus.

Zukunft braucht Herkunft. Das ist gut, aber eine Partei, die Zukunft haben will, muss sich immer neu bewegen. Die ökosoziale Marktwirtschaft muss viel mehr in den verschiedenen Politikbereichen bemerkbar werden, bemerkbar sein.

Hierzulande gibt es auch andere Traditionen, als die der ÖVP, die, wenn nicht übernommen, so doch diskutiert werden sollen. Am Meisten dürfte diesbezüglich eine neue Demokratisierung akzeptiert werden: So die Direktwahl der Landeshauptleute. Was sich in der Realverfassung schon längst durchgesetzt hat, sollte in der Rechtsverfassung nachvollzogen werden. Mit der Direktwahl der Landeshauptleute sollte aber auch eine Aufwertung der Parlamente vor sich gehen, insbesondere eine Aufwertung der Opposition als solcher und in ihren Gliederungen.

Schon lange wird auch die Ausweitung und Verstärkung der direkten Demokratie diskutiert. Die obligatorische Volksabstimmung bei einem Zuspruch von mehr als 500.000 Stimmen bei einem Volksbegehren dürfte sowohl innerhalb als auch außerhalb der ÖVP auf Zustimmung stoßen. Anders ist es bei einem Wahlrecht für Ausländer nach fünfjährigem Wohnsitz, Arbeits- und Steuerleistung in Österreich; auch die Beantragung der Staatsbürgerschaft unter diesen Voraussetzungen sollte zur Diskussion gestellt werden. Die Zehn-Jahre-Voraussetzung ist doch

schon alt und überholt, so wie die Ablehnung der Doppelstaatsbürgerschaft. Die Frage eines Grundeinkommens für alle oder bestimmte Gruppen wurde von christlich-sozialer Seite und innerhalb der ÖVP schon vor langem von Josef Riegler angestoßen. Dazu gehört auch die innerbetriebliche Mitbestimmung, die seit 1975 nicht wirklich bewegt wurde. Der Rechtsstaat wurde durch die universelle Verwaltungsgerichtsbarkeit optimal weiterentwickelt. Er ist auszubauen.

Corona hat Schwächen des Systems Österreich in mehreren Bereichen aufgezeigt. Das war auch ein Entdeckungsverfahren! Es betrifft in erster Linie das Gesundheitswesen im weiteren Sinn und in zweiter Linie das Bildungssystem im weitesten Sinn vom Kindergarten bis zur Universität. Gesundheit und Bildung gehören zusammen. Sie gehören zur Bildung durch Ökologie.

Je älter ich werde, desto mehr fallen mir Ereignisse aus früheren Zeiten ein. So habe ich noch die Ansprachen des Bundeskanzlers Raab im Radio im Ohr, insbesondere seine besondere Aussprache des Wortes Neutralität. Ich habe dann später gelernt und gelehrt, dass wir wegen der Neutralität und Art. 4 des Staatsvertrages vom Belvedere nicht Mitglied der EWG werden durften. Aber wir sind Mitglied der EU geworden, ohne Protest der ehemaligen vier alliierten Mächte, und die Neutralität hat sich gewandelt. Wir haben sie mehrheitlich noch immer gern und viele sind wegen der Neutralität Anhänger der österreichischen Nationalität geworden. Diese angepasste Neutralität wird vom Konsens unserer Landsleute getragen, auch wenn sie von dem Vorbild und Muster der Schweiz weit entfernt ist. Die dauernde Neutralität liegt sozusagen hier herum und kann von Zeit zu Zeit benagt und befragt werden. Natürlich gehört auch die Frage des Bundesheeres dazu. Was soll aus ihm außer der Selbstverteidigung werden? Ein Kontingent für die UNO, vielseitig einsetzbar, ein Friedensdienst – erinnert mich an die Friedensritter aus dem „Brüderzwist“ Franz Grillparzers; ein Hilfs- und Katastrophendienst?

Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Frieden. Dolf Sternbergers Formel ist die einzige Lösung und sie soll die einzige Losung sein. Republik Österreich bedeutet „für den Frieden!“

Als ich im Jahre 2003 Heinrich Pfusterschmids Buch „Kleinstaat – kein Staat?“ in der Diplomatischen Akademie zu Wien präsentierte, wusste ich, dass der Autor ein existentielles Thema unserer Republik angesprochen hatte. Freilich, sie ist weder ein Mikrostaat, noch ein Zwergstaat. Es gibt für diese Einteilungen keine verbindlichen Kriterien in der Wissenschaft. Für die Republik Österreich aber besteht die Herausforderung, bei der nunmehr notwendigen globalen

Neuordnung der Welt Konzepte zu liefern. Schon 1945 wollten wir Mitglied der UNO werden. Jetzt können wir bei der Neuordnung auf den Spuren Hans Kelsens einen Beitrag leisten.

Die EU ist ein Konstrukt, das es in dieser Form nirgendwo sonst gibt. Sie ist immer auf der Suche nach sich selbst, weil sie immerhin aus 27 Mitgliedsstaaten besteht. Wir Europäer wissen nicht viel voneinander. Damit habe ich Jean-Claude Juncker zitiert. Die Republik Österreich muss mehr als andere den Respekt vor den Rechtsregeln hochhalten, Vorbild sein. Und wir müssen europäischer werden. Geschichtsunterricht soll vom Kindergarten an auf alle Mitgliedsstaaten der EU ausgerichtet sein.